

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (steht-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schluß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechts-Engelmacher.

Wie dringend nötig es ist, daß die Agitation für die preussische Wahlreform unter den Massen der Wahlberechtigten auch nicht einen Augenblick zur Ruhe kommt, daß vielmehr die Wahlrechtsbewegung das Fühlen der Massen völlig beherrscht und die Klundgebungen für das allgemeine gleiche Wahlrecht zu einem allgewaltigen, unübersehbaren Strom answellen läßt, beweist das heisse Bemühen der Konservativen, die ja doch nun einmal unvermeidliche Wahlreform von vornherein zu einem Reformchen der kümmerlichsten Art zu verkrüppeln.

Daß die Krone ihr feierliches Versprechen einlösen und eine Wahlreform für Preußen schaffen muß, will sie nicht selbst in den loyalsten Kreisen ihr Ansehen in der schlimmsten Weise gefährden, liegt auf der Hand. Diese Anerkennung lag sogar in der Rede des Herrn v. Seydebrand. Der konservative Führer machte zwar aus seiner Feindschaft gegen eine Wahlreform kein Geheimnis, aber er sah sich doch dem Versprechen der Krone gegenüber zu dem Zugeständnis genötigt, daß auch das Dreiklassenwahlrecht nicht den ruhenden Pol in der Erscheinungen bildet darstelle. Daß man auch sonst in einflussreichen konservativen Kreisen nicht hofft, das Dreiklassenwahlrecht in seiner ganzen sturilen und empörenden Widerständigkeit aufrechterhalten zu können, beweist die Wochenschau der „Kreuzzeitung“, des führenden Organs der konservativen Partei. In dieser Wochenschau wird dargelegt, daß der Abgeordnete v. Seydebrand gerade heraus erklärt habe, daß die konservative Partei „nicht daran denke, zeitgemäßen Reformen in Wahlrechtsfragen sich zu widersetzen“. „Die Aufgabe der Regierung wird es also sein, in aller Ruhe und Stille die mittlere Linie mit den Fraktionen zu suchen, mit den Fraktionen, die ehrlich gewillt sind, Reformen durchzuführen, nicht aber neuen Stoff für die Parteitagitation zu schaffen.“

Das konservative Hauptorgan erklärt also, sich mit dem Gedanken einer preussischen Wahlreform ausgezehnt zu haben. Freilich erklärt es nur solche Reformen für diskutabel, die „nicht neuen Stoff für die Parteitagitation liefern“. Was es aber darunter ungefähr versteht, erhellt aus der dann folgenden weitläufigen Polemik gegen die allzu anspruchsvollen — Nationalliberalen. Ihre Anmaßlichkeit habe ihnen denn auch bereits ihre besten Männer gekostet und sie von der Höhe der ausschlaggebenden Partei jah herabgestürzt. Das Blatt schließt seine Mahnung an die Wassermänner:

„Danach werden wohl die Nationalliberalen einer Zeit strenger Rechenrechnung bedürfen, ehe sie sich überzeugen, daß mit diesem doch recht liberal denkenden Kanzler auf abschbare Zeit gerechnet werden muß und daß auf einen Kanzler von „entschieden liberaler“ Richtung vorläufig nicht gerechnet werden kann. Vielleicht werden sie dann umgänglicher und begnügen sich wie andere Parteien mit dem Erreichbaren. An dem guten Willen der Konservativen, die Parteischwierigkeiten zu überwinden, darf der Kanzler dagegen nicht zweifeln. Solange der Rechen nicht zugunsten wird, sich dem Kommando der Finken unterzuordnen, ist sie süßsam und fleißig und jedenfalls frei von allem Doktrinarismus.“

Man erkennt hier deutlich die konservative Taktik: Einen bedingungslosen Widerstand gegen die von der Krone verheißene Wahlreform will man nicht riskieren. Man will entgegenkommend sein, sich der Wahlreform „freundlich“ annehmen, um aus dem Adoptivkind einen hilflosen Krüppel zu machen, vor dem sogar die Nationalliberalen einen leisen Schauer empfinden.

Aber selbst diese Sorte Wahlrechtsfreundschaft, selbst dies von arger List diktierte Entgegenkommen geht der „Deutschen Tageszeitung“ zu weit. Das Agrarierorgan will an der Dreiklassenmachtschlechterding nicht gerüttelt haben. Es wehrt in seiner Abendnummer vom Montag:

„Die „Kreuzzeitung“ bringt in ihrer letzten Wochenschau zwei Erörterungen, die wir nicht ganz unbedarft lesen lassen möchten. Sie weist darauf hin, daß der Abgeordnete von Seydebrand in seiner bekannten Rede erklärt hat, daß die konservative Partei sich „zeitgemäßen“ Wahlrechtsreformen nicht widersetzen werde. Die Aufgabe der Regierung werde, so meint das konservative Organ, sein, in aller Ruhe und Stille mit den Fraktionen, denen es sachlich auf eine Reform des preussischen Wahlrechts ankomme, die mittlere Linie für diese Reform zu suchen. Wir wissen nicht, ob die „Kreuzzeitung“ mit diesen Ausführungen den neuen preussischen Ministerpräsidenten ermutigen wolle, die preussische Wahlreform demnächst in Angriff zu nehmen; sollten sie in diesem Sinne gemeint sein, so würden wir es nicht recht verstehen können, weshalb das leitende konservative Blatt in dieser Frage nicht den Grundsatze des *quieta non movere* befolgt hat. Wir möchten unfernerseits sachlich nur bemerken: Für eine preussische Wahlreform müßten zwei wichtige Gesichtspunkte maßgebend sein. Sie müßte die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung unberührt lassen. Der andere Gesichtspunkt für eine etwaige Wahlreform in Preußen wird das Bestreben sein müssen, den hauptsächlichsten Berufsklassen auf irgendeine Weise eine angemessene Vertretung im preussischen Abgeordnetenhaus zu sichern und auf keinen Fall einfach die Zahl und die Masse zum ausschlaggebenden Faktor bei der Landtagswahl zu machen. In diesen beiden Forderungen dürfte die konservative Partei zweifellos auf demselben Boden stehen wie wir. Wir glauben aber auch, daß sie es bedauern würde, wenn die Regierung überhaupt

durch Anschneiden der preussischen Wahlrechtsfrage bald wieder ein Moment schwerer Beunruhigung in unser politisches Leben hineinbringen würde.“

Das Organ der Steuerhosen und Liebesgabenempfänger will also die Ruhe überhaupt nicht gestört haben. Es will keine neuen Beunruhigungen. Offenbar glaubt es, daß die durch die neuen Steuern erregte Unruhe allein schon für ein paar Jahre ausreicht. Zugleich aber sagt es unerblickt, daß, wenn denn schon einmal eine Wahlreform unvermeidlich sei, zweierlei unerschütterlich bleiben müsse: die skandalöse Ungleichheit der Wahlkreise zugunsten der Parteien des Schnapsbunds und das Uebergewicht der besitzenden reaktionären Minorität durch Schaffung eines ständischen Wahlrechts.

Diese Stellungnahme der Konservativen und Agrarier zur Wahlreform ist ja nichts Neues. Aber die arglistige Nachgiebigkeit der „Kreuzzeitung“ einerseits und das drohende Ultimatum der „Deutschen Tageszeitung“ andererseits beweisen gerade, daß das Proletariat den Kampf um die Wahlreform mit verzehnfachter Energie führen muß, willes nicht von der Reaktion in der schmachvollsten Weise um seine Rechte geprellt werden! Die Zeit für einen erneuten Volkssturm ist bei der Empörung der Massen über die schamlose Steuerausbeutung günstiger denn je. Das Proletariat muß die Situation nützen. Es muß die Führung im Wahlrechtskampfe erlangen und behalten. Es muß die Intrigen und Gegenaktionen der Wahlrechtsfeinde zunichtemachen!

Der Kampf gegen den Schnapsbund ist nur dann mit Erfolg zu führen, wenn das blau-schwarze Kartell in seiner festesten Zwingsburg, seiner durch die plutokratisch-agrarische Wahlrechtsmachtschlechterding sichersten Zufluchtsstätte angegriffen und geschlagen wird: „Im preussischen Landtag!“

Der sozialpolitische Reichskanzler.

Die Christlichsozialen, die in jedem neuen Minister den Träger einer neuen glückverheißenden Ära zu begrüßen pflegen, sind auch diesmal mit „Freude und Stolz“ erfüllt, „daß ein Mann wie Dr. von Bethmann Hollweg zur Reichskanzlerschaft berufen wurde“. Warum? Weil Herr von Bethmann Hollweg im Oktober 1907 auf dem Kongreß der christlichnationalen Arbeiter, jener gegen die Sozialdemokratie gerichteten Veranstaltung der christlichen Gewerkschaften, der konfessionellen Arbeitervereine und des antisemitischen Handlungsgesellschaftsverbandes, erschien und dort, wie das „Reich“ berichtet, „mächtigste Worte über die Stellung des deutschen Arbeiters innerhalb der deutschen Volkswirtschaft und des staatlichen Gemeinwesens sprach.“ Und wie lauteten diese „mächtigsten Worte“?

Wir nehmen das Protokoll des genannten Kongresses zur Hand und finden dort, daß Herr von Bethmann Hollweg seine Freude ausdrückte über die Erstarbung der christlichnationalen Arbeiterbewegung. Aber hier gelte der Satz, daß je größere Macht einer habe, um so höher seine Verantwortung steige. Gewiß sei es berechtigt, daß Arbeiter sich zu Vereinigungen sammelten und auf diese Weise mit allen Mitteln die wirtschaftliche, soziale und sittliche Wohlfahrt ihres Standes zu heben suchten. Aber der Mensch unterliege dabei leicht der Gefahr, die erlangte Macht zum Raubteil anderer auszunutzen. Die ganze Weltgeschichte sei Zeuge davon, und auch die Koalitionen seien dieser Gefahr unterworfen. Der Minister erinnerte an den Terrorismus, der nicht nur den moralischen Galt der Menschen vernichte, sondern auch ganze wirtschaftliche Existenzen zu zertrümmern geneigt sei; er erinnerte an die Sozialdemokratie, die Haß und Neid erzeuge und jeden außerhalb ihrer Reihen als Lohfeind ansehe.

Man versteht allensfalls, daß nichtsozialdemokratische Arbeiter die letzten Sätze als „mächtigste Worte“ ansehen, aber im allgemeinen werden die Ausführungen des damaligen Staatssekretärs von jedem auch nur halbwegs selbstbewußten Arbeiter als eine höchst anmaßliche Schulmeisteri empfunden. So etwas lassen sich allensfalls unmündige Schulbuben, aber nimmermehr Männer gefallen, die da wissen, was sie sich und ihrer Klasse schuldig sind. Aber es kommt noch besser. Der Redner fuhr fort:

„Sie, meine Herren, wollen, wie einer der Ihrigen es bei der Eröffnung des ersten deutschen Arbeiterkongresses (Frankfurt 1903) ausgedrückt hat, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die ihre glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit. Das mag eine weniger zugräftige Parole sein als jene andere (die sozialdemokratische), und in den Kämpfen des wirtschaftlichen Lebens, in denen es hart auf hart geht, tut sich Ihnen die Versuchung auf, ob sie es nicht jenen anderen gleichmachen, hinter ihnen nicht zurückbleiben wollen in dem Umfange ihrer Forderungen und in der Rücksichtslosigkeit ihrer Vertretung. Ich würde es für ein schweres Verhängnis halten, wenn Sie dieser Versuchung erliegen.“

Wie muß es in den Köpfen von Arbeitern aussehen, die in der altväterlichen Ermahnung zum Fleiß, zur Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit, die angeblich das Glück und die Zukunft der Arbeiter sichern, „mächtigste Worte“ zu erblicken und einen Mann, der den Arbeitern weiter nichts zu empfehlen, mit „Freude und Stolz“ zu begrüßen vermögen? Allerdings war es ja nicht der Herr von Bethmann Hollweg, der diese Tugenden ent-

deckt hat, er zitierte ja nur die Christlichen selber, die sich auf das Gottesfurchts-, Nüchternheits- und Zufriedenheitsprogramm verpflichtet hatten. Insofern trafen sich hier die Geister und Reichsfänger und christlichnationalen Arbeiterbewegung sind einander würdig.

Damals war in christlichen Kreisen das Schlagwort von der Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung im Schwange. Herr von Bethmann erinnerte sich des Wortes und erklärte sich bereit, mitzuwirken an der Aufgabe, „die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft“. Hat das christliche Schlagwort allensfalls einen Sinn, so wird der Satz des damaligen Staatssekretärs und jetzigen Reichskanzlers zur inhaltlosen Phrase. Die Arbeiterbewegung ist auch ohne Herrn von Bethmann Hollweg eingeordnet in die bestehende Gesellschaft, das wesentliche der christlichnationalen Forderung, daß diese Einordnung stattdes auf der Grundlage der Gleichberechtigung, hat der Mann der „mächtigsten Worte“ wohlweislich ausgelassen — was übrigens die Kongreßteilnehmer nicht hinderte, der inhaltlosen Phrase „für mich anhaltenden Weisfall“ zu spenden, ein Beweis, daß sie an ihren Forderungen auch dann Gefallen finden, wenn ihnen jeder Sinn genommen wird.

Die sozialistische Arbeiterschaft ist nicht so beifallsfreudig und nicht so bescheiden, um sich an den Tugenden des Fleißes, der Nüchternheit, Gottesfurcht und Zufriedenheit genügen zu lassen. Der neue Reichskanzler wird noch Gelegenheit haben, herauszufinden, daß die „mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage“, die übrigens nicht auf christlichnationaler Seite zu suchen ist, etwas höhere Ansprüche stellt.

Zehn Jahre sozialdemokratischer Kämpfe in Finnland.

Aus Helsingfors wird uns geschrieben:

Am 20. Juli sind es zehn Jahre, daß die Vertreter der finnischen Arbeitervereine auf ihrem dritten Kongreß zu Abo (Sprich: Dbo) den Beschluß faßten, in die Reihen der Internationalen Sozialdemokratie einzutreten. Von den aus 34 Arbeitervereinen entstandenen 82 Abgeordneten stimmten 55 für und 3 gegen die sozialdemokratischen Grundsätze. Nach dem Kongreß schlossen sich noch weitere 30 Vereine an, so daß die junge Partei, die den offiziellen Namen „Die finnische Arbeiterpartei“ annahm, am Schluß des Jahres 9446 Mitglieder zählte, darunter 1009 Frauen.

Das auf dem ersten Kongreß angenommene Programm bestand aus bloß 13 Punkten, die nur den Grundgedanken kurz ausdrückten und einige der Hauptforderungen fixierten. Erst 1903 wurde das eigentliche Programm und der Name „Sozialdemokratische Partei Finnlands“ angenommen.

Die ersten Jahre der jungen Partei waren außerordentlich schwer. Der Generalgouverneur Bobriskoß war 1898 nach Finnland gesandt worden, um die Freiheiten, die das finnische Volk dank der alten Konstitution und der eingebürgerten demokratischen Gewohnheiten genoss, nach russischer Art zu beschränken. Polizei und Zensur weitverbreiteten jetzt in der Anhebung aller Aeußerungen des kulturellen Lebens. Alle Vereins- und Volksversammlungen wurden verboten. Die Neugründung von Vereinen war unmöglich. Selbst Vorstandssitzungen bestehender Vereine mußten die polizeiliche Genehmigung erhalten. Spittel und Späher drängten sich überall ein. In der Presse war es verboten, das Wort „Sozialismus“ zu gebrauchen! Die Preßpolizei überflutete die Redaktionen mit Vorschriften über das, worüber nicht geschrieben werden durfte. Die Zeitungen mußten ihre Spalten mit Schweinequatz, Mistausfuhr und etwa mit den Resultaten der Radiumforschung füllen. Das Parteiprogramm wurde konfisziert. Nur der praktische Teil konnte schließlich als „Nachdruck“ veröffentlicht werden.

Unter diesen schweren Umständen war es ganz natürlich, daß die Mitgliederzahl anfangs eine sinkende Tendenz zeigte. 1901 gehörten nur noch 31 Vereine mit 5849 Mitgliedern zur Partei. 1902 beginnt die Zahl der Vereine wieder zu wachsen: sie erreicht die Höhe von 41 mit 8151 Mitgliedern, steigt 1903 auf 66 mit 13513, 1904 auf 99 mit 16610, 1905 auf 177 mit 45298 und 45298 und 1906 auf 937 Vereine mit 85027 Mitgliedern! Der folgende Jahresbericht — für 1907 — verzeichnet 1156 Vereine, aber nur 82328 Mitglieder. (Leider haben 197 Vereine ihre Mitgliederzahl nicht angegeben.) Für 1908 liegt noch kein Bericht vor. Die Partei dürfte aber an ihrem zehnten Jahrestage bereits über 100000 Mitglieder zählen. Der Massenbestand von 1906/07 zeigt einen derart kräftigen Aufschwung, daß daraus auch auf eine starke Zunahme der Mitglieder gerechnet werden kann. Die Parteieinnahme ist von 1080875 Finnische Mark im Jahre 1906 auf 2468966 F. M. (1907) gestiegen! 1899 hatten 14 Vereine eigene Häuser, 1907 bereits 226.

Die Lesezimmer, Bibliotheken und die Presse bilden die Stützpunkte des Kampfes der Aufklärung gegen den „Unverstand der Massen“.

Die Partei verfügt bereits über 40 verschiedene Preßorgane politischen und gewerkschaftlichen Inhalts, von denen das Zentralorgan „Työmies“ („Arbeitsmann“) in 30000 Exemplaren gelesen wird. Die Parteiliteratur, zum großen Teil Uebersetzungen der besten Werke der Schwesterparteien,

(Hauptächlich aus dem Deutschen) ist bereits ziemlich umfangreich. Die Uebersetzung von Marx' „Kapital“ ist in Angriff genommen und zwar — man höre und staune! — mit Hilfe staatlicher Unterstützung! Die Volksvertretung bewilligt nämlich alljährlich gewisse Summen zu literarischen Zwecken, und damit die Sozialdemokraten bei den Beratungen nicht immer betonen können, daß diese Gelder sehr parteiisch Verwendung finden, entschlossen sich die bürgerlichen Herren, für die Uebersetzung des „Kapital“ Geld zu bewilligen. Den Verlag hat die Verlagsgesellschaft des Zentralorgans „Työmies“ übernommen.

Zur Ausbildung von Agitatoren wurden häufig Kurse und seminaristische Uebungen abgehalten. Die Nachfrage nach Agitatoren und tüchtigen Journalisten ist lebhaft. Auf die Agitation unter den Arbeiterinnen wird großer Nachdruck gelegt. Auch wird für die Ausbreitung und Festigung der Jugendorganisationen nachdrücklich gearbeitet.

Die gewerkschaftlichen Organisationen befinden sich gleichfalls in aufsteigender Entwicklung. 1899 zählte man 119 Gewerkschaften, 1907: 507, die sich der Partei angeschlossen hatten. Im Jahre 1905 schlossen sich die ersten Frauenvereine — 43 an Zahl — der Partei an; ihre Zahl stieg bis zum Jahre 1907 auf 105. Einen sehr ausgeprägten Charakter trägt schließlich noch die Bewegung unter den Bierpächtern. 1905 traten der Partei 15 Torpantvereine (Bäckervereine) bei. 1907 war ihre Zahl auf 79 angewachsen.

Diese Zahlen geben nur das trockene Gerippe des Lebens wieder, das die Partei seit ihrer Gründung befeuert. Ein zusammenfassendes Bild der Wirkung dieser unermüdbaren Tätigkeit bieten die Wahlergebnisse. Bis 1907 hatte die Partei bereits eine Wählermasse von 329 946 um sich zu sammeln vermocht. 1909 war die Zahl auf 338 898 angewachsen, d. h. 40 Prozent aller Wähler des finnischen Volkes gaben ihre Stimmen dieser Partei, die erst 10 Jahre zuvor von den Vertretern der Arbeitervereine gegründet worden war: ein großartiger Beweis für die wachsende Macht der Sozialdemokratie.

Gewiß hat die finnische Partei noch lange nicht erreicht, was sie erstrebt. Aber in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse, unter denen sie zu arbeiten gezwungen ist, muß man doch wohl anerkennen, daß ihre Fortschritte und ihre Erfolge ungewöhnlich sind. Ein einheitlicher, marxistischer Geist befeuert die Partei und ihre Organisationen. Sonderströmungen haben auf ihrem Entwicklungsgange keinen einschneidenden Einfluß ausüben können, obgleich es an Ansätzen dazu nicht gefehlt hat.

Stehen die Finnen auch vor neuen, schweren Kämpfen, die ihnen durch die blutige russische Reaktion aufgezwungen werden — die Entwicklung und die Erfolge der ersten zehn Jahre bürgen dafür, daß sie auch in der Zukunft in ihren proletarischen Kämpfen mit Mut, Begeisterung und Einsicht zur Partei stehen und ihr manchen Sieg erringen helfen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juli 1909.

Herrn v. Seydebrands Ufa.

Die Leiter der konservativen Reichstagsfraktion sind verstimmt über ihre bei der Reichsfinanzsanierung erzielten Erfolge. Besonders scheint die Charakterisierung der konservativen Steuerkampagne durch den gestürzten Kanzler den Herren v. Seydebrand, Normann u. Co. sauer aufgestoßen zu sein, denn tagtäglich bringt leicht die „Konserv. Korresp.“ öffentliche Erlasse des Herrn Dr. v. Seydebrand und der Rase (Rittergutsbesitzer auf Klein-Schulow und Landrat a. D.), in denen die Mitteilungen Bulows und der offiziellen Blätter für unwohl erklärt werden. Der neueste Erlaß lautet:

„Mitteilungen aus der Provinz zeigen uns, daß die offiziöse Presse fortwährend, in Waschkalender und in Kreisblättern die Legende zu verbreiten, als ob der Rücktritt des Fürsten Bulow die Folge eines unzulässigen und unpatriotischen Verhaltens der konservativen Reichstagsfraktion gewesen sei.“

Wir haben es hier vielleicht nur noch mit Rückständen früherer Propaganda zu tun, denn seit der Reichstagsauflösung vom 10. Juli ist mit dieser Legende doch wohl so gründlich aufgeräumt worden, daß eine bemerkenswerte Schwäche der Auffassung oder des guten Willens dazu gehören würde, jene irreführende Ansicht noch aufrecht zu erhalten. Wir hoffen deshalb, daß es uns erspart bleiben wird, die im Interesse unserer Partei sonst unbedingt erforderliche, wiederholte ungewöhnliche Wiederholung vorzunehmen.

Auch mutet es in den offiziellen Kreisblattartikeln seltsam an, mit Bezug auf die Erbschaftsteuer und den damit in sachliche Verbindung gebrachten Rücktritt des Fürsten Bulow den Hinweis zu finden, daß nur vier Millionen Wahlstimmen hinter den Gegnern, dagegen sieben Millionen hinter den Freunden der Regierung gestanden haben. Es wird nämlich dabei berücksichtigt, daß die Hälfte dieser Wahlstimmen aus dem sozialdemokratischen Lager stammt, und es ist uns zweifelhaft, ob das der Regierung sowohl sachlich, als aus allgemeinen politischen Gründen zum besonderen Nachteil gereicht.

Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die neue Reichsleitung es vermeiden möge, Spannungen aufrecht zu erhalten oder Bestimmungen zu erlassen gegenüber politischen Faktoren, auf deren offene und vorbehaltlose Mitwirkung sie vielleicht nicht wird verzichten wollen, und die es ihrerseits begrüßen würde, nach der Erledigung sachlicher Streitfragen ein gewisses einseitiges Koettieren mit der Linken, möglicherweise einzelne Anzeichen zu sprechen scheinen, lieber vermieden zu sehen.

Als Ausdruck der Auffassung, die die konservativen Parteiführer von ihrer eigenen Nachstellung und der Schwäche der Weismann-Hollweg'schen Regierung haben, ist besonders der letzte Absatz des Ufa interessant, vor allem die Stelle, wo damit gedroht wird, daß die Konservativen der Regierung ihre Mitwirkung bei der Regierung entziehen werden, falls nicht der neue Kanzler der offiziellen Presse verbiete, sich gegen die Taktik der Konservativen zu wenden und „einseitig“ mit den Liberalen zu koettieren. Deutlich liegt in dieser Drohung die Forderung, daß die Staatsmaschine lediglich im Interesse der Konservativen zu funktionieren habe. Ergeben sich Differenzen zwischen Regierung und der konservativen Parteiführung, so hat sich einfach in allen Fällen die Regierung unterzuordnen.

Wann treten die neuen Steuergesetze in Kraft?

Wielach bezieht, wie verschiedene Anfragen aus unserem Leserkreis beweisen, noch immer Unklarheit darüber, wann die neuen Steuergesetze in Kraft treten. Wir wiederholen deshalb:

Es tritt in Kraft

am 1. August dieses Jahres

die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls,
die Steuer auf Beleuchtungsmittel,
die Steuer auf Ländereien,
die Erhöhung des Effektenstempels,
der Reichsstempel auf Grundstücksübertragungen,

der neue Talonstempel,
der Wechselstempel,
die Erhöhung der Brausteuer und der Schenkwirtschaftsteuer,
am 15. August

die neue Tabaksteuer,
am 1. September

die neue Zigarettensteuer,
am 1. Oktober

die Erhöhung der Branntweinverbrauchsabgabe,
der Stempel auf Scheds und Quittungen.

Für die Einfältigen im Geiste.

Das Organ des Verbandes katholischer Arbeiter Westdeutschlands, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, die verschiedentlich dem Zentrum wegen seiner Haltung in der Reichsfinanzreform den Takt gegeben hat, ist bereits wieder getrübt. Nicht mehr läßt das Blatt verlauten von dem Falllassen der Erbschaftsteuer, nicht mehr von der Belastung der Massenkonsumartikel, auf die der Hauptteil der Last gelegt worden ist. Nur der Kaffeezoll, die Ländereinsteuern und die Besteuerung der vierten Wagenklasse bereiten dem Blatt noch einige Sorge — aber dergleichen Uebel sich nun einmal nicht vermeiden, wie es meint:

„Die Zentrumspartei stand vor der Wahl: entweder eine Lösung der Reichsfinanzreform mit den konservativen Parteien zu finden und zu beenden, oder — sich selbst aufzugeben. Diese Perspektive soll sich namentlich in den letzten Wochen mit absoluter Sicherheit gezeigt haben. Daß die Partei die Wahl im Sinne einer zu politischer Arbeit gewillten und fähigen Partei entschied, müssen auch wir verstehen. Und können es. Im politischen Leben spielen eben noch ganz andere Dinge mit, Erwägungen, über deren Berechtigung und Nützlichkeit eigentlich erst die Geschichte entscheiden kann. Die Gründe, die den Führern unserer Zentrumspartei zwingend erschein, so zu handeln, wie sie getan, schließen auch unser Interesse als katholische Arbeiter mit ein. ... Das Vertrauen zu unserer Zentrumspartei braucht darum keine Einbuße zu erleiden und wird es auch nicht, zumal die Übereinstimmung der katholischen Arbeiter mit der Zentrumspartei tiefer wurzelt, wie in einer bloßen Uebereinstimmung nach der sozialen Seite hin.“

Noch besser weiß das Blatt der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, die in München erscheinende „Arbeiter“, seine Leser zu trösten:

„Wir haben gerade keinen Anlaß, uns zu bedanken für die Steuerkreuze, die man uns aufbürdete — der zahlen muß, erstirbt überhaupt nicht gerne in Dankbarkeit —, wir haben aber auch keinen Grund, gar zu sehr erbost zu tun, daß und wie wir zur Steuerleistung herangezogen wurden. Es hat schon das eine gute, daß derjenige, der bezahlt, auch den Mund aufmachen darf, und nicht immer milde als der unfähige Mensch angesehen wird, der nur durch die Unterfütterung der reichen Leute in den Stand geriet, im Staatswesen sich fortzusetzen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet ist vielleicht diese neue Steuerbelastung des kleinen Mannes und nicht zuletzt auch des Arbeiters noch ein Vorteil: seine Unabhängigkeit und die Achtung der Bestehenden vor ihm wird zunehmen.“

Und eine Zentrumskorrespondenz, die ihre Erzeugnisse an die ländliche und kleinstädtische ultramontane Presse abgibt, versucht das Zentrumsgeschehen mit Gründen zu beruhigen, die dem Horizont der Insassen eines Idiotenheimes angepaßt sind. Was das Reich braucht, muß es haben, heißt es da; andere Staaten hätten noch viel höhere Lasten; hohe Steuern seien immer noch einem Kriege vorzuziehen; geklagt werde immer, wenn es zahlen heißt — und was dergleichen Klügelweisheiten mehr sind. Zum Schluß heißt es:

„Gegenüber den unvermeidlichen neuen Lasten ist kein anderes Hilfsmittel gegeben als Fleiß und Sparamkeit. Das Reich fordert viel, aber es gibt uns auch viel, nämlich die Möglichkeit, in Frieden und Rechtschaffenheit unserem Erwerb nachzugehen. Wenn Handel und Wandel in gutem Stande bleiben, so werden die meisten Leute durch gesteigerten Fleiß sich das Nötige erwerben können, um den Preisauflage auf Tabak, Bier, Branntwein, Kaffee zu decken. So lange das nicht gelingt, muß man in dem Verbrauch von Genussmitteln sich etwas einschränken. Angenehm ist das nicht; doch gibt es noch viel schwerere Heimsuchungen und schlimmere Uebel auf dieser Welt.“

Wie gering muß die ehrsame Korrespondenz die Geisteskraft der katholischen Leser einschätzen, daß sie ihnen derartige Gründe zu bieten wagt.

Ein „militärisches Geheimnis“ vor dem Kriegsgericht.

Das Kriegsgericht der 37. Infanterie-Division hat sich am Montag und Dienstag mit einer Anklage zu beschäftigen, die unter so strengem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde, daß nicht einmal bekannt gegeben worden ist, welcher Straftaten die Angeklagten beschuldigt werden! Angeklagt sind ein Vizelfeldwebel Gudde, ein Sergeant Laga, ein Sergeant Sadlowski, ein Sergeant Rohde, ein Unteroffizier Stod, ein Unteroffizier Grape, sämtlich von der siebenten Kompagnie des 146. Infanterie-Regiments in Wischoburg. Bei Beginn der Sitzung ist Grape nicht erschienen, so daß zunächst nur gegen die fünf erstgenannten Angeklagten verhandelt werden kann. Als Zeugen sind ziemlich ein halbes Hundert Personen geladen, zumeist frühere Angehörige des Regiments. Die Verhandlung findet in Berlin statt, weil die meisten der Zeugen, die die Wischoburger „Ferienkolonie“ kennen zu lernen gehabt haben, in Berlin anständig sind. Aus den Personalien der Angeklagten sei hier nur wiedergegeben, daß Stod vorbestraft ist mit drei Tagen Mittelarrest wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen, den er in der Winterkälte auf dem Kasernenhof drei Stunden warten ließ.

Sogleich nach der Feststellung der Personalien und noch vor Verlesung der Anklage kam der bei den Kriegsgerichten übliche Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit! Nach der Beratung wurde vom Verhandlungsleiter der Beschluß verlesen, daß er zu seinem „Bedauern“ — so sagte er — für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausschließen müsse, und zwar „mit Rücksicht auf dienstliche Interessen“. Welches „militärisches Geheimnis“ da in dienstlichen Interessen“ gehütet werden soll, darüber kann man nur Vermutungen haben. Doch ehe die Untersuchung eingeleitet wurde, die jetzt zur Erhebung einer Anklage gegen Gudde usw. geführt hat, war uns bereits gemeldet worden, daß in der 7. Kompagnie des 146. Regiments Mannschaften zuweilen sehr „vorschriftswidrig“ behandelt worden seien. Auch einiges andere wurde da mitgeteilt, was Befremden erregen mußte. Wir können nicht wissen, was von den vorgebrachten Beschuldigungen schließlich übrig geblieben ist und worauf die jetzige Anklage sich stützt. Wird das dienstliche Interesse so weit reichen, daß auch bei der Verlesung des Urteils das Dunkel nicht gelichtet werden darf? —

Liberaler Einigungsbestrebungen.

Der Wetzlarer Ausschuh der Deutschen Volkspartei nahm vorgestern nach längerer Aussprache folgende Resolution einstimmig an: Der Wetzlarer Ausschuh der Deutschen Volkspartei spricht der Fraktion und ihren Führern den Dank für ihre Vertretung der Volkswirtschaften und sein einmütiges Vertrauen aus. Der Ausschuh erachtet den

Zeitpunkt für gekommen für die Schaffung einer einheitlichen Partei durch die drei linksliberalen Parteien auf Grund eines freilichlichen Programms mit einer die Bewegungsfreiheit der Parteigenossen der einzelnen Länder im Rahmen der Gesamtpartei gewährleistenden Organisation und beschließt einstimmig, in diesem Sinne die Frage der Parteivereinigung auf die Tagesordnung des bevorstehenden Parteitages zu setzen. — Weiter wurde beschlossen, den diesjährigen Parteitag in Heidelberg abzuhalten. —

Die Betriebssicherheit auf der preussischen Eisenbahn.

erfährt eine eigenartige Beleuchtung durch Mitteilungen über die Entgleisung des Schnellzugs Köln-Norddeich bei Köln-Borringen, die der „Stadtmagazin“ zur „Kölnischen Zeitung“ nachträglich veröffentlicht. Nur durch Zufälle wurden Menschenleben nicht verunglückt, obwohl die Maschine und vier Wagen zertrümmert worden sind. Es befanden sich infolge des tagelangen Regenwetters nur vierundzwanzig Personen in dem ganzen Zug, und diese saßen in dem hinteren Wagen. Die Entgleisung des mit 90 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Zuges geschah, weil ein Beamter die Weiche falsch gestellt hat. Dieser Irrtum ist geschah durch die häufigen Probefahrten von Maschinen aus der Hauptwerkstätte Köln-Rippes auf dieser Strecke, der den Betrieb auf dem Bahnhof Borringen sehr erschwerte. Es sieht der königlich preussischen Sparpolitik ganz ähnlich, daß man das Leben der Eisenbahnen durch diese Benutzung einer von Schnellzügen befahrenen Strecke durch Probefahrten einer Reparaturwerkstätte in Gefahr bringt. —

Änderungen der Fahrkartensteuer.

Die Fahrkartensteuer bleibt bekanntlich nach dem Beschluß des Schnapsbrot's bestehen; doch soll sie ausgebaut und reformiert werden. Wie die „Post“ hört, wird dem Reichstage in der nächsten Tagung diese Fahrkartensteuer-Reformvorlage zugehen. Die Vorschläge der Regierung zur Reform der Fahrkartensteuer werden sich an die Denkschrift der Regierung über die Fahrkartensteuer anlehnen, die der Kommission auf ihr Verlangen vom Reichsfinanzamt vor mehreren Wochen vorgelegt wurde. Die Regierung hat einen 8 1/2 prozentigen Zuschlag unter Freilassung der Fahrkarten 4. Klasse zum Preise bis zu einer Mark in Anrechnung gebracht. In diesem Sinne wird die Regierung auch vom Reichstage die Reform der Fahrkartensteuer verlangen.

Im Rechnungsjahre 1907/08 blieben die Erträge der Fahrkartensteuer um 10 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. Im Rechnungsjahre 1908/09 wurde die Fahrkartensteuer mit 24 Millionen Mark eingestellt. Nach den soeben abgeschlossenen Einnahmeverrechnungen hat sie aber nur etwas über 18 Millionen eingebracht, ist also um sechs Millionen hinter den erwarteten Einnahmen zurückgeblieben. —

Eine getundene Erklärung.

Zum Lambrichter Bürgermeisterei-Konflikt hat die bayerische Regierung, wie die „Frankfurter Zeitung“ von unterrichteter Seite hört, die Entscheidung getroffen, daß prinzipiell kein Einwand gegen die Wahl von Sozialdemokraten zu Bürgermeistern oder Adjunkten erhoben werden könne, daß aber in diesem Falle aus Gründen, die in der Person des Gewählten liegen, die Genehmigung versagt werden müsse.

Eine wohlfeile Ausrede. Just wie die der preussischen Regierung im Fall Schüding „Prinzipiell“ hatte auch sie gegen liberale Bürgermeister nichts einzuwenden, doch paßt ihr grade Herr Schüding nicht! —

Eine Wüste des Byzantinismus findet man in dem neuesten Verzeichnis der immatrikulierten Studierenden der habsburgischen Handelsakademie Wien. Wie sich das von selbst versteht, sind sämtliche Studierende in der sich durch das Alphabet ergebenden Reihenfolge aufgeführt. Nur einen einzigen hat man aus der Reihe der 400 herausgenommen und ihn in Sperrdruck an die Spitze des Verzeichnisses gesetzt, nämlich: Heinrich XXXII Prinz Reuß, Dux-Schlacht. — Ähnlich wie bei der neuen Wählerschreibung als einziges Wort der „Thron“ sein „h“ bezieht, hat man in Wien für einen Prinzen das Alphabet außer Kraft gesetzt. —

Wahlen im Reichslande.

Rein Jahr vergeht, ohne daß in Elsaß-Lothringen politische Wahlen stattfinden. Boriges Jahr fanden die Gemeinderatswahlen statt, in diesem Herbst haben sowohl Wahlen zum Landesausschuh wie zu den Bezirkstagen stattgefunden. Der Termin für die Landesausschuhwahlen ist bereits bekanntgegeben. Am 8. November wählen die Gemeinderäte von 20 in Betracht kommenden Kreisen aus ihrer Mitte auf je 1000 Einwohner einen Wahlmann. Diese Wahlmänner versammeln sich dann am 20. November am Reichshauptort und wählen den Abgeordneten. Am gleichen Tage vollziehen auch die Gemeinderäte von Straßburg, Colmar, Mühlhausen und Reims die Wahl eines Abgeordneten. An diesen Wahlen ist die sozialdemokratische Partei nicht beteiligt. Um so energischer wird sie sich an den Bezirkstagswahlen beteiligen. Wo immer die Organisationsverhältnisse es erlauben, wird in die Wahl eingetreten. Eine Reihe von Kandidaturen sind bereits nominiert. Meistens handelt es sich um Kandidaturen, doch hoffen unsere Genossen in Mühlhausen-Süd bestimmt auf den Sieg.

Wie sich die bürgerlichen Parteien zur Wahl stellen werden, steht noch nicht fest. Ein allgemeines Kompromiß über das ganze Land ist wenig wahrscheinlich. Die Liberaldemokraten haben am Sonntag, den 18. Juli, in Colmar eine Konferenz abgehalten, in der sie sich mit der einzuschlagenden Taktik befaßten. Die gefaßten Beschlüsse entziehen sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. —

Frankreich.

Eine Nachwahl.

Abbeville, 18. Juli. Bei der heute hier vorgenommenen Ersatzwahl zur Deputiertenkammer wurde der konservative Deslouis mit 8212 Stimmen gegen den radikalen Kandidaten, der 7808 Stimmen erhielt, gewählt. Das Mandat befand sich bisher in den Händen eines Republikaners. —

England.

Der Kampf um das Budget.

London, 17. Juli. Handelsminister Churchill hielt heute in Edinburgh eine Rede, in der er für das Budget eintrat und auf die letzte Rede Lansdownes Bezug nahm. Der Minister erklärte, wenn das Budget in dem Unterhause verabschiedet werde, müsse es in einer endgültigen Form aus den Beratungen des Hauses hervorgehen. Kein Zusatz oder Abstrich, der es ändern oder verstimmele, werde die Zustimmung der Regierung finden, und wenn Lansdowne und seine agrarischen Freunde ihre Haltung nicht änderten, würde das Parlament aufgelöst werden. —

Erledigte Sorgen.

London, 19. Juli. Unterhaus. Auf eine Anfrage Pitt Rivers, ob der Voranschlag, eine internationale Konferenz mit Rücksicht auf verschiedene Punkte des Balkanproblems abzuhalten, nunmehr endgültig ausgegeben sei, antwortete ein Regierungsvertreter in verneinendem Sinne. Die kritischen Fragen des Balkanproblems seien in freundschaftlichem Sinne belagert; es würden nur noch Verhandlungen über einen oder zwei Punkte von geringerer Bedeutung gepflogen, die mit Artikel 29 des Berliner Vertrages zusammenhängen.

Rußland.

Harting in Berlin.

Das Petersburger Nachrichtenblatt „Reisch“ bringt folgende Mitteilungen eines früheren Mitgliedes der russischen Kolonie in Berlin. Nach seinen Worten war der Name Harting vor fünf Jahren in der russischen Kolonie in Berlin gut bekannt. „Es bestand eine doppelte Aufsicht der Russen; einerseits wurden sie von deutschen Spiegeln, andererseits von zugewandten russischen „Blauen“ bespitzelt. Unter dem Schutze der deutschen Polizei legten sich diese Blauen auch nicht den geringsten Zwang auf.“

Der Autor dieser Erinnerungen teilt ferner mit, daß er im Jahre 1903 im Verein mit einigen anderen Personen Schritte unternahm, um die russische Spiegellorganisation aufzulösen. Es war zufällig bekannt geworden, daß ein gewisser Harting an der Spitze dieser Organisation stand. Im Adreßbuch war aber bloß ein „Kaufmann“ Harting angegeben, der in der Nähe von Potsdam eine prächtige Villa besaß. Auf die erfolglos nachgehenden wurde festgestellt, daß Harting, obwohl er als Kaufmann gemeldet war, im Adreßbuch der Gesellschaft als Mitteilender Harting figurirte, der der kaiserlichen Polizei attachiert war. „Es erübrigt sich zu sagen“, heißt es weiter, „daß Harting große Summen verausgabte und die Prolektion der Berliner Polizei im umfassendsten Maße genutzte. Auf seine Initiative wurden damals einige Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bei Russen vorgenommen, wobei viele Papiere verloren gingen und einige Personen aus Preußen ausgewiesen wurden. Soweit man von der Seite beurteilen konnte, genutzte Harting und sein Stab das unumschränkte Vertrauen der Gesellschaft und der Berliner Polizei in allen Fragen, welche „verdächtige“ Russen betrafen.“

Persien.

Die neue Regierung.

Rdn, 18. Juli. In einem Telegramm an die „Rdnische Zeitung“ aus Teheran heißt es u. a.: Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung war ein nachmittags verkündeter Erlass, der in aller Form bekannt gibt, daß an Stelle des abgedankten Schahs sein ältester Sohn Schah med Mirza mit dem Titel Sultan zum Herrscher ausgerufen ist. Dieser Erlass ist von den beiden Siegern des Bürgerkrieges, Sipahdar und Sardar Assad, gezeichnet. Der Titel Schah ist demnach abgeschafft. Das Ministertum ist zum Teil gebildet. Kasr el Mull wurde aus der Schweiz gerufen, um in das Kabinett als Finanzminister einzutreten, er soll auch das Präsidium übernehmen.

Ein weiteres Telegramm aus Teheran berichtet, daß Saad Dauleh zum Präsidenten des Medschlis gewählt wurde. Das neue Wahlgesetz, das 38 Artikel umfaßt, wird demnächst veröffentlicht werden. Der Armenier Isfahani ist zum Polizeichef von Teheran ernannt worden. Die Truppen des Schah bei Sultanabad haben in 24 Stunden die Waffen niederzulegen, sonst erfolgt von hier aus ein Angriff.

Es ist wahrscheinlich, daß der entthronte Schah binnen kurzem nach Rußland abreisen wird.

Eine russische Note.

Petersburg, 18. Juli. Die russische Regierung hat den fremden Regierungen folgende Note zugehen lassen: Gestern morgen suchte Schah Mohammed Ali mit Familie und Gefolge Zuflucht in der Sommerresidenz der kaiserlichen Gesandtschaft. Gemäß dem in Persien bestehenden Brauch wurde dem Schah Zuflucht und Gastfreundschaft gewährt und die gefährliche Woge erloschen. Nach unserem Abkommen mit dem Londoner Kabinett wird die Person des Schahs von vereinigten Truppen der russischen und der englischen Gesandtschaft bewacht, und über den von ihm bewohnten Räumen weilt die russische und die englische Flagge. Die Tatsache, daß dem Schah Zuflucht gewährt wurde, verändert in nichts das in dem Zirkulartelegramm vom 8. Juli aufgestellte Prinzip unserer vollständigen Nichtbeteiligung in die inneren Angelegenheiten und in den politischen Kampf in Persien.

Die Russen in Radwin.

Radwin, 18. Juli. Das Rabiniski-Kosakenregiment ist vorgestern hier eingetroffen und hat mit Zustimmung Sipahdars in dessen Garten ein Lager aufgeschlagen. Die Stadt ist ruhig.

Unruhen.

Teheran, 18. Juli. In Kirmanshah herrscht große Unruhe. Die Bevölkerung bildet zwei Parteien. In der Stadt wird viel geschossen; bis auf den Hof des russischen Konsulats schießen die Kugeln. Der Gouverneur ist außerstande, die Ordnung wiederherzustellen. Aus Hamadan wird gemeldet, daß die Stadt sich in den Händen der Revolutionäre befindet. Die Zahl der revolutionären Truppen steigt. Obgleich Karikaden errichtet werden, ist die Ordnung bisher nicht gestört.

Ein Artilleriekampf.

Teheran, 19. Juli. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Adebill wird gemeldet, daß zwischen Revolutionären und den Gouverneurstruppen ein Artilleriekampf stattgefunden hat, unter dem die Stadt jedoch nur wenig zu leiden gehabt hat. Die Revolutionäre aber wie auch die regulären Truppen durchziehen plündernd und brennend die Stadt. Der russische Konsul hat infolge dessen seine Landleute aufgefordert, ihre Wertsachen in das Konsulat zu schaffen und auf ihren Häusern die russische Flagge zu hissen.

Ruhe in Teheran.

Teheran, 19. Juli. Hier ist jetzt wieder Ruhe eingetreten. Die Bazare sind geöffnet und der Handelsverkehr ist wieder aufgenommen worden.

Marokko.

Ein neuer Kampf.

Madrid, 19. Juli. Bei Melilla fand gestern ein Kampf statt, der nach amtlichen Meldungen einen recht heftigen Charakter annahm. Er begann heute nacht von neuem und dauerte noch am Morgen an. Die Verluste auf Seiten der Spanier sollen bedeutend sein. Nach den bisher vorliegenden Angaben sind von Offizieren gefallen ein Oberleutnant, ein Major und ein Hauptmann.

Amerika.

Die Einkommensteuer.

Aus New York wird uns geschrieben: Der Bundesrat in Washington hat den Unabhängigkeitstag in lauterem Patriotismus gefeiert, indem er einstimmig eine Resolution Adrich zustimmte, wonach die Verfassung der Vereinigten Staaten dahin geändert werden soll, daß Steuern aus dem Einkommen „ohne“ Verteilung unter die Staaten erhoben werden können. Einstimmig, weil die Senatmillionäre die

Frage der Besteuerung damit auf die lange Bank zu schieben glauben. Im Juni war für die Einkommensteuer bereits eine Mehrheit vorhanden, und um die „sozialistische“ Gefahr von den Portemonnais der Besessenen abzuwenden, bestellte sich Herr Adrich die Volkswacht des Präsidenten Taft, die eine Traktatur empfiehlt, die zwar nur das Bruchstück einer Einkommensteuer ist und obendrein nach zwei Jahren wieder in Fortfall kommen soll, die aber bei alledem trefflich geeignet erscheint, der trauisfeindlichen öffentlichen Meinung einen Pöffen zu spielen. Vor der Annahme einer Einkommensteuer hält aber der Präsident auf Herrn Adrichs Geheiß eine Amendierung der Verfassung für richtig, die dem Oberbundesgericht verwehrt, diese Steuer nochmals als verfassungswidrig zu beschließen. Nach dieser Anweisung ist denn auch verfahren worden. Eine brutale Abwägung der Besteuerungen können sich die Besthenden in diesem demokratischen Gemeinwesen nicht leisten, dafür helfen sie sich mit einer gemeinen Poperei. Denn das weis der Senat, der auf einmal „einstimmig“ für die Besteuerung der Einkommen (über 5000 Dollar) votiert, ganz genau, daß die Durchführung der Verfassungsänderung ein Unternehmen bedeutet, gegen das der Panamakanal noch ein Kinderpiel ist: Zuerst haben zwei Drittel beider Häuser des Kongresses zu beschließen, dem Volke ein Amendement zur Verfassung zu unterbreiten, und dann müssen drei Viertel aller einzelstaatlichen Parlamente das Amendement genehmigen, deren manche nur alle zwei oder vier Jahre zusammenkommen! Erst wenn dieser große Wurf gelungen, wäre wieder der Kongress an der Reihe, das Amendement endgültig zu genehmigen. Dann sänge das Karrenspiel mit der Einkommensteuer aber erst wieder von vorne an. Aber selbst angenommen, es käme dann wirklich eine solche Steuer zustande, so wäre es immer noch möglich, daß die steuerfurchtigen Kapitalisten das Gewicht dahin brächten, das Verfassungsamendement samt Einkommensteuer für — verfassungswidrig zu erklären. Auch dafür wäre die Verfassungsgeschichte der „States“ nicht ohne Beispiel. Die Sache wäre schon bedeutend weniger langwierig, wenn vorgeschlagen würde, die Einkommen unter 5000 Dollar zu besteuern!

Südamerika.

Ernster Konflikt.

Buenos Aires, 18. Juli. Infolge der Veröffentlichung von angeblichen Erklärungen des Präsidenten von Bolivien, die für Argentinien beleidigend sind, hat der Minister des Äußeren den bolivianischen Botschafter, La Paz zu verlassen, wenn die Erklärungen sich bestätigen sollten.

Aus der Partei.

Zentralisation der proletarischen Bildungsarbeit.

m. Am Sonntag, 18. Juli, tagte im Gewerkschaftshaus zu Düsseldorf eine Konferenz der Bildungsausschüsse und jener Korporationen der modernen Arbeiterbewegung, denen die Vertretung der proletarischen Bildungsbestrebungen in Rheinland-Westfalen obliegt.

Vertreten waren 18 Delegierte der Bildungsausschüsse, 14 Vertreter der Gewerkschaftskartelle, 5 Vertreter der Partei, 8 Vertreter der Kartelle und Partei, sowie die Vertreter der Agitationskomitees der oberen Rheinprovinz, des Niederrheins, des westlichen Westfalens, des Agitationskomitees der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften und des Bergarbeiterverbandes. Die aus 5 Mitgliedern, den Genossen Max König-Dortmund, Jech-Hagen, Schaal-Solingen, Klein-Mülheim und Wiegler-Düsseldorf (Obmann) bestehende provisorische Kommission hatte zuerst den Plan gefaßt, eine „Freie Volkshöhne“ mit eigenem Künstlerpersonal zu gründen. Von diesem Plan, gegen den sich auch der Zentral-Bildungsausschuss zu Berlin ausgesprochen hatte, ist man jedoch wieder abgekommen. Genosse Wiegler, der hierüber referierte, stellte sich selbst auf den Standpunkt, daß die Lösung der Theaterfrage auf dieser Grundlage zum mindesten verfrüht sei. Die Konferenz erklärte sich mit diesem Standpunkte einverstanden.

Ueber die Errichtung einer Zentralstelle für das Bildungswesen der Partei und Gewerkschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet referierte in sehr ausführlicher Weise Genosse Max König-Dortmund. Einleitend wies der Redner darauf hin, daß man ja eigentlich nichts anderes beabsichtige, als die Geschäfte der Parteitage und der Generalversammlungen unserer Gewerkschaften auf Verbreitung der Volksbildung zu realisieren. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Erfüllung der Volksbildungsbestrebungen fast im ganzen Reiche noch viel zu wünschen übrig lasse, so sei das ganz besonders für das westliche Industriegebiet der Fall, daß für die dort zusammengeballten Arbeitermassen unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich wenig geschehen könne. An den zahlreichen Industriezentren tätigen Genossen hätten wohl den guten Willen, für die Volksbildung etwas zu tun und das Unterhaltungsbedürfnis der Arbeiter in bessere Bahnen zu lenken, aber es fehlten ihnen dazu in jeder Beziehung die Mittel. Eine Zentralisation der Korporationen, denen die Volksbildungsbestrebungen übertragen und die Schaffung einer Zentralstelle, durch welche wissenschaftliche Vorträge und künstlerische Arrangements vermittelt werden, könne hier von größtem Vorteil sein. Wenn es uns gelingt, im Industriegebiet den Volksbildungsbestrebungen neue Bahnen zu eröffnen, so haben wir ein großes Stück Kulturarbeit im Interesse der Arbeiterbewegung geleistet.

In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich fast alle Redner im Sinne des Referenten aus. Nur der Elberfelder Delegierte warnte an der Hand seiner Erfahrungen vor allzu großem Optimismus. Schließlich wurde fast einstimmig folgender Antrag angenommen:

I. Zur Förderung des Arbeiterbildungswesens in Rheinland-Westfalen bildet sich eine Kommission unter dem Namen: Zentral-Kommission der Bildungsausschüsse für Rheinland-Westfalen.

II. Die besonderen Aufgaben der Kommission sind:

1. allerorts Bildungsausschüsse ins Leben zu rufen;
2. das Zusammenarbeiten der Bildungsausschüsse zu fördern;
3. den Bildungsausschüssen bei ihren Unternehmungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, und zwar:

- a) durch Mittelung von Programmvorstellungen;
- b) durch Vermittelung von Kräften zu den Veranstaltungen wissenschaftlicher, künstlerischer und unterhaltender Art.

III. Die Kommission besteht aus 8 Mitgliedern, wovon:

- 3 von den Bildungsausschüssen;
- je einer von den sozialdemokratischen Agitationskomitees des Niederrheins, des Oberrheins und des westlichen Westfalens;
- 2 vom Agitationskomitee der Gewerkschaften für Rheinland-Westfalen

gestellt werden.

Die Wahl der Vertreter der Bildungsausschüsse geht folgenderweise vor sich: Die Konferenz der Bildungsausschüsse wählt den Obmann der Zentralkommission, und der Bildungsausschuss am Wohnort des Obmannes wählt die beiden anderen Mitglieder. Diese drei bilden den geschäftsführenden Ausschuss der Zentralkommission.

IIIb. Der Kommission steht ein von dieser zu ernennender Vorkomitee zur Seite, der aus drei wissenschaftlich oder künstlerisch gebildeten Sachverständigen bestehen soll.

IV. Die Zentralkommission soll in der Regel alle Vierteljahre einmal zusammentreten, um ihre geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln. Alljährlich hat die Zentralkommission eine Konferenz der Bildungsausschüsse einzuberufen, zu welcher jeder Bildungsausschuss einen Vertreter entsendet. An Orten, wo keine Bildungsausschüsse bestehen, einigen sich Partei- und Gewerkschaftsorganisation auf einen Vertreter. Ferner entsenden je einen Vertreter:

1. das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Niederrhein;
2. das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Oberrhein;
3. das sozialdemokratische Agitationskomitee für das westliche Westfalen, das Agitationskomitee der Gewerkschaften für Rheinland-Westfalen zwei Vertreter.

Die Kosten der Vertretung hat jede der beteiligten Korporationen selber zu tragen.

V. Zur Verteilung der Kosten der Zentralstelle haben beigetragen:

1. die Gewerkschaftskartelle in Rheinland-Westfalen;
2. der Bergarbeiterverband;
3. das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Niederrhein;
4. das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Oberrhein;
5. das sozialdemokratische Agitationskomitee für das westliche Westfalen.

Der Beitrag wird festgesetzt auf ¼ Pfennig pro Kopf und Jahr der in den genannten Korporationen organisierten Mitglieder. Die Abführung des Beitrages erfolgt vierteljährlich. Seiner Festsetzung ist die Abrechnung des verfloßenen Quartals zugrunde zu legen.

Zum Obmann des Zentralbildungsausschusses wurde Genosse Wiegler gewählt und als Ort der Zentrale Düsseldorf bestimmt. Den gefaßten Beschlüssen haben die Organisationen noch ihre Zustimmung zu erteilen. Die Beiträge sind ab 1. Juli zu entrichten. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Sum Organisationsstatutentwurf nahm die Kreisgeneralversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Stendal-Osterburg folgende Anträge an:

Zu § 5 des Entwurfs:

Der wöchentliche Beitrag muß mindestens 10 Pfennig für männliche und 6 Pfennig für weibliche Mitglieder betragen. Eventualantrag bei Ablehnung des Wochenbeitrages:

Die Wahlkreise, die einen höheren Beitrag als den im Organisationsstatut festgesetzten erheben, brauchen an die Parteikasse nur 20 Prozent des für die Gesamtpartei festgesetzten Mindestbeitrages abzuführen.

Weiter zu § 6:

Der Satz, wonach den Frauen die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern ist, ist zu streichen.

Zu § 7:

Zur Teilnahme am Parteitage sind berechtigt: 1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Bezirksverbänden oder Landesorganisationen (§ 8) mit der Maßgabe, daß die Gesamtzahl der Delegierten auf 300 festgesetzt wird. Nach den an den Parteivorstand abgelieferten Beiträgen wird die Mitgliederzahl und daraus die auf den Bezirks- bzw. Landesverband entfallende Verhältniszahl der zu entsendenden Delegierten alljährlich vom Parteivorstand festgesetzt und veröffentlicht. Die Wahl der Delegierten erfolgt in den Bezirken (bzw. Landesorganisationen) mittels Urabstimmung durch die Parteimitglieder. Bei der Wahl ist die Anwendung des Proporz nach der Richtung zulässig, daß bei verschiedenen Vorschlagslisten die Mandate entsprechend dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen auf die Listen verteilt werden. Die näheren Bestimmungen hierüber haben die Bezirksverbände bzw. Landesorganisationen zu treffen. Die Kosten für die Delegation sind im Umlageverfahren von den dem Bezirksverband bzw. der Landesorganisation angehörenden Wahlkreisorganisationen entsprechend ihrer Mitgliederzahl zu decken.

Soziales.

Wer Mißstände nicht kritisiert, handelt pflichtwidrig!

Eine interessante Entscheidung fällt die 2. Strafkammer des Landgerichts Halberstadt. Am 9. März d. J. erschien im „Tagblatt“ zu Ascherleben ein „Eingefandni“, in dem verschiedene Vorwürfe gegen die Ascherlebener Schuldeputation erhoben wurden, insbesondere der, daß sie dem Verlangen der Lehrerschaft in Ascherleben, den Vorsitzenden des Lehrerevereins in die Schuldeputation gewählt zu sehen, Widerstand entgegensetze. Auf Antrag des Magistrats erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur wegen Beleidigung der Schuldeputation. Daraufhin meldete sich der Lehrer Pehold als Verfasser des „Eingefandnis“, was die Staatsanwaltschaft veranlaßte, auch auf ihn die Anklage auszubehnen.

Das Landgericht Halberstadt hat nun die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Wenn auch der Artikel objektiv eine Beleidigung der Schuldeputation enthalte, so war doch dem Angeklagten Pehold der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zugubilligen. In der weiteren Begründung kommen dann folgende wichtigen Sätze vor:

„Der Angeklagte Pehold ist Lehrer in Ascherleben und Mitglied des dortigen Lehrerevereins, außerdem noch Vater schulpflichtiger Kinder. Als solcher hat er ein selbständiges Interesse daran, daß die Schulverhältnisse in Ascherleben sich günstig gestalten und daß die Mißstände in der Schule sowohl wie in der Schulverwaltung beseitigt werden. Mangelndes Interesse an der Weiterentwicklung der Schule kann bei ihm, dem Lehrer, fast zur Pflichtwidrigkeit werden, jedenfalls zugleich einen Mangel an Berufsethos darstellen. — Als einen Mißstand in der Schulverwaltung durfte er auch, wie das allgemein in der Lehrerschaft geschah, den Widerstand der Schuldeputation gegen eine weitere Vertretung in ihr und die Art und Weise, wie die Deputation bei der Anstellung neuer Lehrer angeblich verfahren sollte, ansehen. Im Interesse der Schule, für deren Weiterentwicklung sie sorgen ist verpflichtet war, der Lehrerschaft, der er angehörte, und im eigenen Interesse als Familienvater war er deshalb berechtigt, Kritik an diesen Mißständen zu üben, und zwar auch mit Hilfe der Presse, um mehr Erfolg zu erzielen.“

Dem Angeklagten Redakteur Schardt muß ebenfalls der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zugubilligt werden, da er als Ascherlebener Bürger und wegen seines besonderen Verhältnisses zum Angeklagten Pehold, der ihn mit der Veröffentlichung des Artikels beauftragt hatte, als berechtigt angesehen werden muß, daß er deshalb auch ihn angehenden Verhältnisse zu besprechen und, da es auch zu den ersten Aufgaben der Presse gehört, auf die Beseitigung öffentlicher Mißstände hinzuwirken.“

Es kommt nicht alle Tage vor, daß deutsche Gerichte so entscheiden!

§ 5: vermehrten Hausarbeiterschutzes.

Im württembergischen Landtage gelangte nach eingehender Begründung durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Natulot ein Antrag zur Annahme, der die württembergische Regierung auffordert, im Bundesrat für Schaffung eines gesetzlichen Hausarbeiterschutzes und für Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf diesen einzutreten. Dieser Antrag entspricht fast wörtlich einem von der sozialdemokratischen Fraktion bereits 1907 gestellten Antrage, der inzwischen von einer Kommission beraten und jetzt vom Plenum einstimmig sanktioniert wurde.

Gewerkschaftliches.

Neue juristische Zwirnsfäden gegen die Arbeiterbewegung.

Die galvanoplastische Anstalt von C. Behling in der Leipziger Straße zu Berlin hat sich der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker ferngehalten. Gleichwohl bezogen eine Reihe von tarifreuen Buchdruckereien ihren Bedarf an Stereotypen und Galvanos von der Firma, ohne zu bedenken, daß sie dadurch gegen den Tarifgeanken verstießen, da sie ja die Tarifuntreue durch Zuwendungen unterstützten. Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer wies gelegentlich in den „Mitteilungen“ des Gaus und in Vereinsversammlungen auf diesen Umstand hin, und die Gehilfen tarifreuer Firmen setzten sich dieserhalb mit ihren Prinzipalen in Verbindung, was teilweise auch Erfolg hatte. Die Sache war mehr oder weniger vergessen, da wurde der Berliner Gauvorbund der Buchdrucker durch Zustellung einer Kammergerichtsentscheidung unangenehm an dieselbe erinnert. Die Entscheidung richtet sich gegen

1. den Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer Gauberein Berlin, vertreten durch seinen Vorstand R. Assini in Berlin;
2. Herrn A. Assini in Berlin, Engel-Ufer 14/15,
3. den Redakteur und Verleger R. Albrecht in Berlin, Engel-Ufer 14/15.

Nach derselben hat der 19. Zivilsenat des königlichen Kammergerichts in Berlin durch den Kammergerichtsrat Dr. Kanold als Vorsitzenden und die Kammergerichtsräte Pohlmann, Dr. Ritter, Dr. Treuter und den Landrichter Koffka auf die Beschwerde der Klägerin gegen den Beschluß des königlichen Landgerichts I, 4. Zivilkammer in Berlin vom 27. April 1909 in der Sitzung vom 14. Juni 1909 beschlossen:

Der angefochtene Beschluß wird abgeändert. Den Beklagten wird im Wege der einstweiligen Verfügung untersagt:

- a) an Buchdruckereibesitzer die Aufforderung zu richten, Galvanos, Altschees, Platten und sonstige Stereotypartikel nicht von der Klägerin zu beziehen, und zwar gleichviel, ob diese Aufforderung durch Druck oder Schrift, ob sie direkt oder indirekt — insbesondere auch durch Vertrauensmänner in den einzelnen Druckereien — an die Druckereibesitzer gerichtet wird,
 - b) an Buchdruckereigesellen die Aufforderung zu richten, das Verdrucken von durch die Klägerin hergestellten Stereotypartikeln und Galvanos zu verweigern.
- Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird den Beklagten eine Geldstrafe von 100 — einhundert — Mark angedroht.

So der Tenor. Die Entscheidungsgründe aber zeigen das Kammergericht in seiner ganzen Weltfremdheit und juristischen Gloriole. Ohne irgendwelche neuen Beweisergebnisse kommt das Kammergericht zu der ihm gar nicht zufallenden tatsächlichen Feststellung, die Tarifgemeinschaft sei eine Organisation zur Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen! Freilich kleidet das hohe Gericht die Feststellung in diese Form:

„Daß die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) eine Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, kann nicht bezweifelt werden.“

O bitte! Wir bezweifeln das sehr! Die Tarifgemeinschaft ist zunächst nichts anderes als die Gemeinschaft derer, die den Tarif für sich als bindend anerkennen. Die Angehörigen dieser Gemeinschaft stammen aber aus zwei Gruppen: aus dem Lager der Unternehmer und dem der Arbeiter, für welche der Tarif in keiner Weise einheitlich eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutet. Sieht ein Tarif Erhöhung der Löhne vor, so bedeutet das für die Arbeiter in der Tat eine Verbesserung, für die Unternehmer eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Umgekehrt ist das bei der Herabsetzung der Löhne. Die Verlängerung oder Verlängerung der Arbeitszeit wirkt ähnlich, aber immer bei der einen Gruppe im entgegengesetzten Sinne wie bei der anderen. Die Herren Kammergerichtsräte mögen nur irgendeinen Scharfmacher aus ihrem Bekanntenkreise fragen, ob Tarife und Tarifgemeinschaften in der Tat für das Unternehmertum „eine Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ seien. Am verblüfftesten dürfte vielleicht im vorliegenden Falle Herr Behling, der Kläger, über das zu seinen Gunsten ausgesprochene Urteil sein. Was? Die Tarifgemeinschaft sollte den beteiligten Unternehmern „günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen“ sichern? Dann träte Herr Behling derselben schon morgen ohne irgend welchen Zwang bei. Rein, er bleibt ihr ja fern, weil er günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen außerhalb derselben findet, weil er außerhalb derselben niedrigere Löhne zahlen, längere Zeit arbeiten lassen kann als die der Tarifgemeinschaft angehörenden Prinzipale.

Die Tarifgemeinschaft ist also keine Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen schlechthin. Der jüngste deutsche Gewerbegerichtsvorsitzende hätte den Herren im Kammergericht ein Privattatsumm darüber lesen können, daß im Tarifvertrag ein Kompromiß zwischen den widerstrebenden Interessen der Arbeiter und Unternehmer geschaffen ist, wie im Grunde in jedem Vertrag, und daß die Tariforganisation lediglich die Annahme der im Vertrag niedergelegten Rechte und Pflichten überwacht, aber keine „Vereinbarung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ ist.

Aber ohne seine falsche Voraussetzung hätte ja das Kammergericht nicht zu dem folgenden Fallschluß kommen können:

„Da nun im Streitfall die Sperre über die Erzeugnisse der Klägerin mit Rücksicht darauf, daß sie als eine ihre sozialen Pflichten verkennende hingestellt wird, als ein „Verzweifeln“ anzusehen ist (Landmann, Ann. 2 zu § 153), so liegen alle Voraussetzungen eines Verzweifeln gegen § 153 der Gewerbeordnung vor. Es wird zwar von manchen noch erörtert, daß der Bestimmungsüberschuss von Arbeitern gegen Arbeiter oder von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber erfolgt sei, allein diese Ansicht findet im Gesetz keinen Anhalt, das allgemein verbietet, „andere“ zu bestimmen (vergleiche Reichsgericht Strafsachen 86, 236). Wenn man bei Beratung dieser Vorschrift solche Ansicht geäußert hat, so kam das daher, weil man damals Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie die heutigen Tarifgemeinschaften, noch nicht kannte, sondern nur solche von Angehörigen bloß dieser beiden Teile; zu denen konnten natürlich nur Berufsgenossen zum Beitritt veranlaßt werden. Man muß jetzt aber auch den Druck seitens der Arbeiter gegen einen Arbeitgeber und umgekehrt mit obiger Entscheidung des Reichsgerichts unter § 153 fallen lassen.“

Wie die Figura zeigt, kennt das Kammergericht die Tarifgemeinschaften heute noch nicht, obgleich wir nicht bestreiten wollen, daß es schon von solchen gehört hat.

Der Berliner Gauvorbund des Buchdruckerverbandes hat selbstverständlich sofort die notwendigen Schritte eingeleitet, um im Klagewege die Aufhebung dieser höchst eigenartig begründeten „einstweiligen Verfügung“ zu erreichen. Da die Verfügung zunächst jedoch rechtskräftig ist, so erucht er die Vertrauensleute, bis zum Austrag der Klage jegliche Maßnahmen in der im obigen Gerichtsbeschluss bezeichneten Hinsicht zu unterlassen. Er unterläßt es hoffentlich nicht, diese Mahnung recht oft zu wiederholen. Der „klägerischen“ Firma kann ja nur damit gedient sein, wenn der beklagte Vorstand die Pflichten nicht vergißt, die ihm das Urteil auferlegt!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schloffer! Die Konferenz der Vertrauensleute findet nicht am Dienstag, sondern am Donnerstag statt. Siehe heutige Annonce. Die Kollegen eruchen wir, die Vertrauensmänner auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Folgen der neuen Tabaksteuer zeigen sich jetzt schon!

Die Inhaber der Zigarettenfabrik „Mal-Rah“-Compagny, Berlin, Teltower Straße 29, scheinen sich die gerade nicht sehr rühmliche Aufgabe gestellt zu haben, nach der Annahme der Tabaksteuer die ersten auf dem Kampfplatz zu sein, um durch Vermehrung der Zigaretten-Maschinenarbeit ihre Handarbeiter in rücksichtsloser Weise auf das Straßenpflaster zu sehen.

Am 15. Juli d. J. teilte die Direktrize der Firma einem der dort beschäftigten Zigaretten-Handarbeiter mit, daß er entlassen sei. Nach der Ursache befragt, erklärte sie, daß dieses wegen der kommenden Tabaksteuer geschehe; ebenso dürften die anderen Handzigarettenarbeiter deshalb nur halbe Tage arbeiten. Die Handarbeiter wußten am 16. Juli früh, daß der Geschäftsführer Herr Voigt anwesend war und verlangte eine Unterhandlung mit demselben, welche verweigert wurde. Der Vertrauensmann der Fabrik mit dem zur Entlassung stehenden Kollegen verließen das Werk auf einige Minuten, um von dem Geböhrten ihrer Organisation Mitteilung zu machen. Zur Fabrik zurückgekehrt, erklärte ihnen die Direktrize, daß nun beide entlassen seien. Wiederum verlangten die Arbeiter, den Geschäftsführer zu sprechen, was ihnen endlich gegen Abend gewährt wurde. Dieser erklärte, daß er überhaupt keine Zigaretten-Sperre auf das strengste innezuhalten.

Handarbeiter mehr gebrauchen könne, da er sich wegen der drohenden Nachbesteuerung kein Lager halten wolle und er mit dem Inkrafttreten der Steuer die bis jetzt noch mit der Hand hergestellten Zigaretten mit der Maschine herstellen will. Als nun die beiden Arbeiter ihre Ausführungen machen wollten, wurden sie mit: „Raus, raus!“ aus dem Kontor verwiesen. Die Vertreter des Verbandes Börner und Müller begaben sich trotzdem zu Herrn Voigt, dem Geschäftsführer. Auch ihnen gegenüber erklärte der Herr das oben schon in betreff der Steuer Besagte, mit dem wiederholt ausgesprochenen Zusatz: „Die Arbeiter sollen sich an den Staat wenden, derselbe entschädige sie ja.“ Als die Vertreter ihn darauf aufmerksam machten, daß diese Art doch keine Unterhandlung sei, sagte er, er wolle auch nicht unterhandeln, er lasse von niemandem, auch von dem Verbandsrat, in sein Geschäft hineinreden. Auch die Arbeiterschaft als Konsumenten habe er nicht zu fürchten, denn „Mal-Rah“-Raucher befänden sich nicht darunter. Dieser Herr glaubt, daß seine „Jacco“, „Golde Eoe“, „Alub I und II“ usw. nur von den oberen Zehntausenden geraucht werden. Als die Vertreter sich nun empfahlen, rief er ihnen laut nach, „am allerwenigsten lasse er sich von Leuten hineinreden, die nichts davon verstehen“. Als Börner ihm darauf lächelnd erwiderte, daß er das bei den beiden Vertretern nicht sagen könne, da beide schon länger in der Branche tätig seien als er, rannte er auf Börner zu, als wenn er handgemein werden wollte. Er wurde mit Ruhe erwartet. Er schrie jedoch nur, man solle machen, daß man rauskomme, sonst müsse er von seinem Hausrecht Gebrauch machen.

Am Montag, den 19. d. M., haben sämtliche Fabrik-Handarbeiter die Arbeit nicht mehr aufgenommen.

Wir eruchen, die am 18. d. M. über die Firma verhängte Sperre auf das strengste innezuhalten.

Deutscher Tabakarbeiterverband. Zahlstelle Berlin.

Lohnbewegung der Staater. In der vergangenen Woche haben sich wieder 15 Firmen den Forderungen der Organisation unterworfen. Für die nächste Woche ist voraussichtlich ein ähnliches Resultat zu erwarten. Aus Spandau ist bis jetzt noch keine Unterschrift eingelaufen, doch haben die Arbeiter der dortigen Firmen die Arbeit niedergelegt. Arbeitsberechtigungstarifen werden von heute ab an Unorganisierte nicht mehr ausgegeben. Die Bauten in Spandau bleiben bis auf weiteres gesperrt. Bewilligt haben bisher folgende Firmen: G. Anders, Lübbenerstr. 10, Th. Arnold, Krennenerstr. 7, A. Warg, Cötheniusstraße 15, F. Fischer, Pantow, Florastraße 21, Ab. Dädelow, Lyghener Straße 16, Vernh. Fox, Vornholmer Straße 88, Aug. Höhne, Ober-Schöneweide, Welfenstr. 27, Karl Guttschmidt, Lüderichstr. 58, Aug. Feiertag, Puelstr. 2, R. Schöne, Wilmsendorfer, Badense Straße 18, Otto Römer, Steglitz, Jümmernstr. 14, Paul Köhling, Treptow, Grätzstraße 51, W. Buch, Komintener Straße 52, Louis Ernst, Anst. Straße 32, M. Smolny, Finowstraße, Ede Schwarnweberstraße, Ernst Kluge, Steglitz, Polsteinische Straße, Paul Böhm, Nieder-Schöneweide, Wriher Straße 7, Chemidewski, Schönhauser Allee 177b, Fr. Herbst, Vamberger Straße 89, A. Schneider, Charlottenburg, Weidtr. 3, Aug. Richter, Lüderichstr. 7a, W. Schöll, Liebenwalder Straße 16a, Karl Jöberg, Krumme Straße 62, Varenstr. Reinholdsdorf, Herbststr. 13, und Wily. Gehler, Kopenikusstr. 10.

Deutsches Reich.

Ein königlich preussischer Grenadier als Arbeitswilliger.

In Sommerfeld, Bezirk Frankfurt a. O., stehen die Töpler der Firma Roll u. Kreuz seit Anfang dieses Monats im Abwehrkampf. Die Firma hatte das bestehende Tarifverhältnis, das übrigens recht niedrige Löhne enthielt, gekündigt und suchte nun die schlechte Konjunktur dazu auszunutzen, den alten Tarif gleich auf weitere drei Jahre festzulegen, um so zu verhindern, daß die Töpler bei zu erwartender guter Konjunktur erhöhte Forderungen stellen. Hierauf konnten die Gehilfen aber nicht eingehen, und sie traten deshalb in den Abwehrkampf ein. Von den circa 40 Töplern der Firma blieben nur zwei Arbeitswillige stehen. Die Firma sucht nun Arbeitskräfte heranzuziehen, was ihr jedoch erst in einem Falle gelungen ist. Und zwar ist dieser Arbeitswilliger ein Grenadier des 12. Infanterieregiments in Frankfurt a. O. Dieser Träger des kaiserlichen Adles heißt Paul Vreitschneider; er war vor Beginn seiner militärischen Laufbahn bereits Mitglied des Töplerverbandes, mußte aber wegen Retrierens der Beiträge ausgeschlossen werden. Er ist in Sommerfeld beheimatet, hat 14 Tage Urlaub erhalten und nützt diese Zeit nun aus, indem er sich bei Roll u. Kreuz als Arbeitswilliger betätigt. Wir fragen: Ist der vorgesehene Behörde des Vreitschneider bekannt, daß der Grenadier in Sommerfeld Arbeitswilligendienst verrichtet und als Töpler arbeitet? Erhalten Soldaten Urlaub, um in der Fabrik zu arbeiten? Die Vorgesehenen des arbeitswilligen Grenadiers werden auf diese Frage bald Auskunft geben müssen. Der Verbandsvorstand der Töpler hat nämlich dieses seltsamen Vorfalles wegen

beim Kommando des 12. Grenadierregiments interveniert. Wir sind begierig, zu erfahren, ob von dieser Seite die Handlungsweise des Vreitschneider gebilligt wird.

Neun schwarze Listen

verhandelt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in der Zeit vom 26. Juni bis 10. Juli dieses Jahres. Durch Angabe ihrer Personalien werden in Bezug gebracht 118 Betonarbeiter in Hamburg, 4 Schmiede der Anhalter Eisenfabrik in Koblitz, 15 Müller der Walzfabrik A. Heymann in Mannheim, 94 Anspornarbeiter und Arbeiterinnen in Frankenhäusen und 52 Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Götters.

Metallarbeiter und Maifeier. Mit den Beschlüssen der Hamburger Generalversammlung in puncto Maifeier sind die Mitglieder der Krefelder Filiale des Metallarbeiterverbandes nicht zufrieden. In einer Versammlung der Filiale wurde nach einer ausgiebigen Diskussion einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Obgleich die Generalversammlung die höchste Instanz ist, kann die heutige Versammlung die dort über den 1. Mai gefassten Beschlüsse in keiner Weise anerkennen und stehen letztere in keinem Einklang mit den Beschlüssen der internationalen Parteikonferenz und Gewerkschaftskongresse. Die Versammelten geloben, nach wie vor, innerhalb der Organisation die Arbeitsruhe am 1. Mai als solidarische Kundgebung des internationalen Proletariats zu propagieren und nach besten Kräften durchzuführen.“

Ausland.

Der Konflikt in der englischen Kohlenindustrie.

London, 17. Juli. (Eig. Ber.) Der Versuch der schottischen Minenbesitzer, den Arbeitslohn um 12,5 Proz. herabzusetzen, droht, einen allgemeinen Streik der britischen Bergleute zu entfesseln. Die Unterhandlungen haben bereits Monate gedauert und sie sind erfolglos geblieben. Binnen 8 Tagen soll die Ausspernung beginnen, wenn nicht inzwischen der Handelsminister Winston Churchill einen Ausgleich herbeiführt.

Die schottischen Bergleute legten ihre Angelegenheit dem Verbandsrat der britischen Bergleute vor, deren Vertreter in den letzten zwei Tagen in London zu einer Konferenz versammelt waren. Bekanntlich gibt die Bestimmung 20 der Verbandsstatuten die Möglichkeit, zum Schutze der Löhne irgendeines dem Verbandsangehörigen Distrikts einen allgemeinen Sympathiestreik zu erklären. Die Konferenz der Delegierten des Verbandes gab gestern als Resultat ihrer Beratungen folgende Erklärung an die Presse ab:

Betreffend die Frage der schottischen Lohnherabsetzung um 12,5 Proz. wurde beschlossen, es dem Verbandsvorstande zu überlassen, eine Resolution abzufassen, die der Konferenz vorgelegt werden sollte. Es wurden demgemäß folgende Resolutionen abgefaßt und der Konferenz vorgelegt, die sie annahm:

1. Angesichts der Beschlüsse, die auf der Jahreskonferenz in Chester und auf der folgenden Konferenz in London gefaßt wurden, daß die Löhne der schottischen Bergleute gesenkt werden sollen gegen eine Reduktion, die sie unter 6 M. täglich bringen würde, so sind wir übereingekommen, eine Urabstimmung über die Anwendung der Bestimmung 20 vorzunehmen.

2. Briest inzwischen der Kampf in Schottland aus, so sollen die schottischen Bergleute eine finanzielle Unterstützung von 10 Mark pro Mann und Woche aus der Verbandskasse erhalten.

3. Die Stimmzettel sind am 27. Juli an den Generalsekretär Mr. Ashton zurückzuschicken; am 28. Juli soll eine Spezialkonferenz in London tagen; alle sonstigen Maßregeln sind dem Vorstand zu ergreifen.

Die Frage, die den Bergleuten zur Entscheidung vorgelegt wurde, lautet:

„Sind Sie dafür, Ihren Arbeitsvertrag zu kündigen, um die Arbeit aus Sympathie mit den schottischen Bergleuten niederlegen zu können?“

Der Konflikt ist also so umfangreich, daß er die ganze Kohlenindustrie Großbritanniens lahmlegen könnte. Und eine Lahmlegung der Kohlenförderung würde einen großen Teil der anderen Industrien in Mitleidenschaft ziehen. Angesichts der Größe dieses Konflikts darf man annehmen, daß in den nächsten Tagen große Anstrengungen gemacht werden dürften, einen Ausgleich herbeizuführen. Der Handelsminister Churchill ist bereits mit den schottischen Minenbesitzern und Bergleuten in Verbindung getreten, um eine Einigung zustande zu bringen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Opfer des Militarismus.

Blankenburg, 19. Juli. Gelegentlich einer Westfichtung der im Pionierdienst ausgebildeten Mannschaften des hiesigen Bataillons erhielten ein Unteroffizier und mehrere Mann den Auftrag, als Patrouille den Müchse-Mühlenteich zu durchschwimmen. Obwohl alle (?) des Schwimmens kundig waren, gingen der Unteroffizier und zwei Mann in der Mitte des Teiches unter und ertranken, obwohl zahlreiche Rettungsmannschaften in Röhren herbeieilten.

Gegen die Wuchererei.

Prag, 19. Juli. Gegen die Lebensmittelteuerung fand gestern auf dem Hauptplatz eine Versammlung der Sozialdemokraten statt, an welcher 10 000 Personen teilnahmen. Nach Schluß der Versammlung durchzogen die Teilnehmer die Straßen der Stadt unter Schmähdrafen auf die Regierung und die Agrarier.

Mit gefülltem Bajonett.

Prag, 19. Juli. In Nachod sammelten sich, trotzdem eine Versammlung verboten worden war, Tausende von Textilarbeitern an, die demonstrierend durch die Straßen zogen. Als sie zur Bezirkshauptmannschaft marschierten, machten 50 Gendarmen eine Attacke mit gefülltem Bajonett. Viele Personen, darunter 20 Frauen, wurden verhaftet.

Die Cholera.

Petersburg, 19. Juli. (W. Z. B.) Seit gestern sind an der Cholera 65 Personen erkrankt, 36 gestorben. Die Zahl der Kranken beträgt 852.

Angedrohte Katastrophe.

London, 19. Juli. (W. Z. B.) Der indische Agitator Ghymajl Krißnabarna, welcher in Paris lebt, richtete an die „Times“ einen Drohbrief, worin er erklärt, daß er, obgleich er keinen Anteil an dem jüngsten politischen Verbrechen im Imperial-Institut habe, diesen doch billige. Zum Schutze des Briefes führt er aus, wenn England der Aufforderung Jangindiens keine Folge leiste, und Indien nicht räume, würde innerhalb kurzer Zeit für England eine Katastrophe eintreten, welche die Menschheit befürchten werde.

Spindel-Spühube.

Osken, 19. Juli. Die Polizei verhaftete den Russen Fleischmann, welcher vom Senfer Schwurgericht wegen Diebstahl zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Russische Revolutionäre behaupten, daß Fleischmann ein früherer Spion im Dienste Hartings gewesen ist.

Dynamit und Schnellfeuergeschosse.

New York, 19. Juli. In Mc. Coes Rods wurde bei den streikenden Arbeitern der Pressed Steel Comp. Dynamit entdeckt. Die Staatsbehörden trafen Vorkehrungen zur Aufstellung von Schnellfeuergeschossen.

Der Schießprügel gegen Streikende.

New York, 19. Juli. Bei dem Streik auf den Cannard Steel Car-Werken in Snydera (Pennsylvanien) machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Viele Personen wurden verletzt, 13 Streikführer wurden verhaftet.

„Doppelte Moral.“

München, den 19. Juli.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Urheber des Melamedbluffs, der seinerzeit so großes Aufsehen erregt hatte, Peter Gantner.

Am 19. Dezember brachte die Morgenpost in fast jedes Haus der Städte Berlin, München, Nürnberg, Magdeburg, Leipzig, Frankfurt, Mainz, Köln, Danzig, Dresden, Straßburg, Heidelberg, Bremen, Hannover u. a. einen länderlich adressierten und lubertierten Brief. Wenn der Empfänger den an ihn gerichteten Brief öffnete, konnte er sich an dem Inhalt den Kopf zerbrechen, denn der handschriftlich geschriebene Brief lautete:

„Geehrter Herr (voller Name des Adressaten). Lesen Sie nur den Tendenzroman „Doppelte Moral“, das Tollste, was bis heute dagewesen ist. Ein Ständal schimmert Art, der uns gerade noch gefehlt hat. Der unaussprechliche Niesenprozeß, in den R. und O. leider auch hineingezogen sind, wird in seinen Folgen furchtbar werden. Das anonym erscheinende Buch hätte vor seinem Erscheinen beschlagnahmt werden müssen, nachher ist es zu spät. In Sie Ihr (Unterschrift war unleserlich).“

Was es mit dem angepriesenen „Tendenzroman“ für eine Verbindung hat, konnte derjenige, der ihn gelesen hatte, bald erfahren: Es ist ein Schund gemöhnlichster Sorte und hat mit den Angelegenheiten der Briefempfänger nicht das mindeste zu tun. Der Roman erschien in einer Auflage von

200 000 Stück

und sollte in seiner Ausstattung sehr einfach gehalten, 7,50 M. bis 8,50 M. kosten! Gantner hoffte daraus einen Niesenprofit zu ziehen, allerdings ist ihm kein Plan ja nicht gelungen; denn bevor eine nennenswerte Anzahl von Exemplaren abgesetzt war, wurde der Schwindel durch die Zeitungen bekannt. Gantner hatte den „Schriftsteller“ Georg Fied in Berlin veranlaßt, nach seinen Angaben die Lebensgeschichte eines Prinzen zu schreiben, in der das Fideikommiß eine Rolle spielt. Er errichtete im April 1908 in Jülich eine Schreibstube, in der er 24 Personen mit der handschriftlichen Anfertigung der Tausende und aber Tausende von Melamedbriefen beschäftigte. Leiter dieses Schreibbureaus war der Kaufmann Kurt Hamburg aus Mainz. Gantner hat sich daher wegen eines fortgesetzten, mit Hamburg verübten Verbrechens der Privat-urkundenfälschung im rechtlichen Zusammentreffen mit einem Vergehen des Betrugs zu verantworten. Gantner ist auch noch wegen Vergehens gegen das Postgesetz angeklagt, weil er an eine auswärtige Speditionsfirma eine Kiste mit Briefen, die mit 5 Pfennigmarken frankiert waren, geschickt hatte.

Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Gättermann, die Verhandlungen leitet Landgerichtsrat Lindner. Gantner wird vom Rechtsanwalt Verußein verteidigt. Den Angeklagten Hamburg verteidigt Rechtsanwalt Dr. Meherstein-Berlin. Es sind 8 Zeugen zur Stelle, außerdem 2 Ärzte, sowie 2 Buchhändler als literarische Sachverständige. Nach dem Eröffnungsbeschluss sind beide Angeklagte schuldig des Betruges, der Urkundenfälschung und der Beleidigung von 23 Personen. Im Eröffnungsbeschluss wird den Angeklagten zur Last gelegt, das Buch „Doppelte Moral“, welches nach Inhalt und Form 50 Pf. bis 1 M. wert war, für 7,50 bis 8,50 M. verkauft zu haben. Ferner ist eine Anzahl Personen getäuscht worden; sie wurden in den Glauben versetzt, daß sie in eine schmutzige Affäre verwickelt seien. Die Verteilung des in 400 000 Exemplaren verfaßten Briefes hat weiter nach dem Eröffnungsbeschluss auf einige neugierde und herzliche Personen nachteilige Folgen gehabt. Ursprünglich wurde noch von 2 Personen Anklage wegen „Körperverletzung“ gestellt, das Gericht hat jedoch das Verfahren eingestellt. Der Angeklagte Gantner ist wegen Urkundenfälschung und versuchten Betruges mit 9 Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust bestraft, ferner wegen Unterdrückung mit 100 M. Geldstrafe, zweimal wegen Beleidigung mit je 500 M. Geldstrafe, und wegen Nötigung mit 7 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Hamburg wurde im Jahre 1904 wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ueber den realen Hintergrund des Buches „Doppelte Moral“ macht Gantner folgende Angaben: Ein Herr „Müller“ — ich will den richtigen Namen nicht nennen, ich habe nicht das Bedürfnis, noch mehr Sensation zu machen! — ein in Ehren ergrauter Herr, der mit dem Staatsdienst verwahten ist, wurde durch einen Land-

wirtschaftsminister (Robbielski) veranlaßt, eine fälschliche Bestätigung zu kaufen. Es wurde ihm die fideikommissarische Bewilligung durch den König in Aussicht gestellt. Der Fürst hielt dem König einen Immediatvortrag und überbrachte dann Herrn „Müller“ die Bestätigung, daß der König die Auflösung des fälschlichen Fideikommisses und die Neugründung des „Müllerschen“ Fideikommisses bewilligt habe. Herr „Müller“ betriebligte die ziemlich heruntergekommenen Bestätigung ein Jahr lang und steckte 400 000 M. hinein. Der Landwirtschaftsminister wurde gestürzt. Unter dem neuen Minister wurde eine Kabinettsorder erlassen, durch die Herrn „Müller“ die allerhöchste Genehmigung wieder entzogen wurde. Mit Schmach und Schande wurde er von seinem Grund und Boden gejagt. Er wandte sich dann an mich, damit ich die Sache in die Öffentlichkeit bringe. Es wurde eine diesbezügliche Vereinbarung getroffen. — Vors.: Ich habe aber einen derartigen Vertrag nicht bei den Akten gefunden. — Angell.: Dieser Vertrag ist das wichtigste Schriftstück im ganzen Prozeß, und das gerade fehlt! Ich bin sprachlos.

In später Abendstunde wurden die Weiterverhandlungen auf Dienstag vormittag vertagt.

VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Köln, 18. Juli.

Der diesjährige Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wird eingeleitet durch eine heute vormittag im großen Gürzenichsaale stattfindende öffentliche Versammlung, zu der als Redner einige Männer von Stellung und Namen gewonnen sind. Die christliche Gewerkschaftsbewegung legt bekanntlich Wert auf den Nachweis, daß sie auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung steht, daß sie den Klassenkampf vertritt und die Interessen des „Arbeiterstandes“ im Verein mit den anderen „Ständen“ vertritt. Um das auch nach außen zu behaupten, statten die Christlichen ihre Kongresse mit Vertretern bürgerlicher Kreise aus und betrauen sie mit Ansprachen, in denen sie sich das Zeugnis staatserhaltender und christlicher Gesinnung ausstellen lassen.

Wie der Vorsitzende des Ausschusses vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Schiffer, in seiner einleitenden Rede verhandelt, haben sich die christlichen Gewerkschaften im wirtschaftlichen und im öffentlichen Leben die wohlwollende Aufmerksamkeit der weltlichen und geistlichen Obrigkeit, der Männer der Wissenschaft insbesondere der Rationalökonomie erworben; es sei ihm eine Genugtuung, daß der Kongreß verhandelt werde durch die Anwesenheit hoher Gäste und lieben Freunde: Staatsminister Freiherr v. Berlepsch, Regierungs- und Gewerbeamt Erlburg, Landesrat Wittmann, die Abgeordneten Trimbom und Pieper usw.; morgen seien noch mehr hohe Gäste zu erwarten, so werde das Reichsamt des Innern und die Stadt Köln Vertreter senden. Die Versammlung begrüßte jeden Namen mit Beifall und Händeklatschen und stimmte zum Schluß in das vom Redner ausgebrachte Hoch auf den Kaiser ein.

Generalsekretär Stegerwald gab sodann einen Ueberblick über die seit dem ersten Kongreß (Mainz 1899) verfloßenen zehn Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit. Als die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften erklärte er: Anhänger aller bürgerlichen Parteien zu sammeln, um wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Ueberzeugung und vaterländischen Gesinnung im Einklang stehen. Die christlichen Gewerkschaften seien entstanden, weil die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung mit parteipolitischen und antichristlichen Fremdbörpern durchsetzt habe und jeden Arbeiter, der nicht auf ihrem Bode stehe, entweder als Idioten oder als Lumpen behandle. Dem Kirchen-gemeinschaften erkenne die christliche Gewerkschaftsbewegung einen weitgehenden Einfluß auf das Volksleben zu, müsse von ihnen aber die auch anderen Interessengruppen eingeräumte organisatorische Selbstständigkeit beanspruchen. Die Betätigung auf politischem Gebiete müsse außerhalb der wirtschaftlichen Organisation erfolgen und zwar durch Beeinflussung der bürgerlichen Parteien zugunsten der nach Durchsetzung in der Gesellschaftsordnung ringenden Arbeiterklasse. Die Unternehmer dürften nicht bloß als Ausbeuter und Scharfmacher angesehen werden, man müsse ihr hohes Verdienst um die ganze Volkswirtschaft, ihre Intelligenz und geistige Ueberlegenheit anerkennen. Die bisherige Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, die der Redner im einzelnen schildert, stelle ein

großes Stück positiver Arbeit dar; er wünsche, daß die kommende Zeit ebenso arbeits- und opferfreudige, von wahren Idealismus durchdrungene Kämpfer finden möge.

Staatsminister von Berlepsch, der sich vorstellt als einen Mann, der von Anfang an die hohe Bedeutung der christlichen Gewerkschaften voll anerkannt hat und bemüht war, sie nach Kräften zu fördern, hält eine lange einschläfernde Rede über alle möglichen Dinge aus dem Gebiete der Arbeiterfrage und der Sozialreform. Er erzählt aus seiner Zeit als Handelsminister, daß ihm nicht zehn, nein hundertmal, wenn er Vorschläge sozialreformatorischer Art gemacht habe, entgegengesetzt worden sei, damit werde doch nur der Sozialdemokratie genügt. Dasselbe könne man jetzt wieder bei der Frage der preussischen Wahlreform beobachten. Da sei es zu begrüßen, daß derartigen Einwürfen entgegengetreten werden könne insofern, als es jetzt Organisationen außerhalb der Sozialdemokratie gebe, die für derartige Forderungen eintreten. (Der Redner sparte sich den Nachweis, daß dadurch die Dinge besser geworden sind und die Arbeiterforderungen jetzt mehr Aussicht auf Erfolg haben). So lange die sozialdemokratische Partei die freien Gewerkschaften als ihre Organe ansehe und so lange die freien Gewerkschaften sich das gefallen ließen, sei an eine Verschmelzung mit den christlichen Gewerkschaften nicht zu denken. Dagegen empfahl der Redner den christlichen Gewerkschaften bringend den Versuch, mit den fünfzigtausend eine engere Verbindung herbeizuführen. Die bisherigen Erfolge der deutschen Arbeiterbewegung seien beachtenswert, aber sie würden noch viel größer sein, wenn nicht die Belagerungswerte Zerplitterung vorhanden wäre. Da sollten sich, wo ein getrenntes Marschieren noch unvermeidlich sei, die verschiedenen Organisationen wenigstens so weit zusammensuchen, daß ein vereintes Schlagen möglich sei. Der Redner schloß mit der Hoffnung, daß schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Eingliederung des Arbeiterstandes in den staatlichen und sozialen Organismus geschehen möge, und wenn das im Wege der Reform, nicht der Revolution geschehe, so sei das nicht zum wenigsten der Einwirkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu danken.

Dr. Braun, Direktor des katholischen Volksvereins, redet an Stelle des erkrankten Professors Heye über die Triebkräfte der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Redner waren es religiös-sittliche Ideale, die den zwingenden Grund zum Entstehen der christlichen Gewerkschaften gaben. Die Bewegung wuchs spontan aus dem Proletariat heraus, weil den katholischen Arbeitern die marxistisch-sozialistische Ideewelt mit ihrem krassen Materialismus, ihrem Klassenkampf, ihrer Unwahrheit und ihrer heftigen Propaganda zuwider war. Das Ideal der christlichen Gewerkschaften war die wirtschaftliche Solidarität, weshalb sie Fragen der Religion, der Weltanschauung und der Parteipolitik aus dem Spiele ließen. Achtung vor der Bedeutung des privaten Unternehmertums, richtige Einschätzung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zu einander und ernstes Friedensstreben — das sind nach Dr. Braun die Hauptvorzüge der christlichen Gewerkschaften, die allein die Förderung des Gewerbes gewährleisten. Eine Gewerkschaft wie die christliche, in der sich Männer verschiedener Konfession und Parteirichtung auf dem Boden ihrer wirtschaftlichen Interessentretzung einigen, deren Taktik sogar ein Sitzulammenfinden mit Gliedern anderer Bevölkerungsklassen ermöglicht und damit der Abkühlung politischer Gegensätze und der staatsbürgerlichen Einigung dient, kann sich nach des Redners Meinung mit Recht und mit Stolz „national“ nennen.

Der Verbandstag der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Am Sonntagabend 7 Uhr wurde der 4. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands eröffnet. Zur vorgeschlagenen Tagesordnung lag ein Antrag Bremerhaven vor, die Frage der

Beschmelzung mit dem Holzarbeiterverbande

als besonderen Punkt zu behandeln. Der Antrag fand nicht die Zustimmung des Verbandstages; die Frage soll jedoch bei dem Punkt: „Allgemeine Anträge“ an erster Stelle beraten werden. Ferner stellten mehrere Delegierte den Antrag, die

Maifreier

als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Demgegenüber wurde bemerkt, daß die Maifreier stets im Verbandspropagiert worden ist, und daß es wohl möglich sei, die Frage beim Bericht

Operette bezeichnet, kann aber ruhig zur Posse mit Gesang gerechnet werden. Hier tut man gut, nach keinen anderen „Unwahrscheinlichkeiten“ zu fragen, als nach solchen, die in einem Raad-laffen der eigenen Kraft des „geistreichen Witzfinders“ liegen. Daran leidet das Stück in seinem enttäuschenden Schlußakt und in seinen „Gesangstexten“ (Couplets) von W. S. D. Doch das alles hindert nicht die „enthusiastische“ Aufnahme eines Stückes von dem Typus, in dem durch burleske Tanzbewegungen, durch das Auftreten eines „Kartoffeltextes“, durch Witze wie über den „Elektrikermeister“ und durch Verwickelungskomik einem Witz-erfolge von Haus aus vorgebeugt wird.

Im „Hotel Mohr“ ist wegen Dalles Aufruhr. Der Geschäfts-führer macht das Personal zu Käfen und die Kartzissen zu Angestellten. Dadurch will er einen reichen Amerikaner, der das schon vorher umbenannte „Hotel Amor“ kaufen soll, und einen gescheiterten Onkel aus Königsberg, der seinen Kassen als Hotelier florieren sehen will, überlisten. Die beiden alten Herren hatten sich vor 23 Jahren mit einer Artistin eingelassen und suchen nun deren Tochter, die gar nicht existiert. Endlich wird die Ober-narziffin als solche vorgeföhndelt und macht guten Schluß. — Dies der Text des „bewährten“ Benno Jacobson.

Die Musik des noch unbewährten Charles Philip versucht immerhin einen Operettenanlauf, und zwar sowohl durch Späße in der Verwendung von Instrumenten, wie auch dadurch, daß manchmal Chor und Solostimmen hübsch lebhaft ineinander gearbeitet werden. Sonst aber darf man von ihr schweigen.

Am erfreulichsten ist in solchen Fällen meist die schauspielerische Gewandtheit der Darsteller. Um ihr diesmal gerecht zu werden, müßten wir zu viel Raum beanspruchen; und auch einige Gesangsnummern, die dabei beteiligt wurde, sei nur eben mit allgemeiner Anerkennung erwähnt. Kurz: man unterhält sich. sz

Humor und Satire.

Zum Gedächtnis. Unter einer Zeichnung Gullbraunsons, die einen Pfaffen als Scharfrichter und einen Junker als Gehilfen darstellt, liest man: Der Beschauer erblickt hier das herzerweichende Sadjal weiland des gestürzten Reichstanzlers Wilow des Nordenerners, welcher im Juni durch einige Fuzilbrenner vom Hofen und niedern Adel an die rathigerigen Gemüden Roms ausgeliefert, auch von selbst unter Wittwirkung eines wohlgeborenen Schnaps-adeis öffentlich hingerichtet wurde. Seine Ueberreste werden nach Adelsflottbeck geschafft, und ist zur Erinnerung an sein grausames Los zum ewigen Angedenken diese Tafel errichtet worden im Jahre des siegreichen Diebstahls 1900.

Die Parteien an der Leiche Wilows:

„Er war kein Mann, nehmt alles nur in allem — Wir werden öfters seinesgleichen sein!“

Das einzige Glück. Wenn sie nicht Soldaten brachten, würden sie uns auch noch die Kinder verstoßern. (Euphemismus.)

Kleines feuilleton.

Die Seeschlange, über die meist im Hochsommer Berichte auftauchen, gilt im allgemeinen als ein Phantasieprodukt der „Saurer Gurlenzeit“. Mit Unrecht, wie wir in dem soeben in der Sammlung Wissenschaft und Bildung erschienenen Werkchen „Der Tierlöper“ (Seine Form und sein Bau unter dem Einfluß der äußeren Daseinsbedingungen, Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.) lesen. Der Verfasser Dr. Kressheimer schreibt darin über die Fauna der Tiefsee:

Und noch eine andere Erscheinung trägt dazu bei, uns die Tiefseefauna fremdartig und altertümlich erscheinen zu lassen. Das ist die relative Häufigkeit solcher Arten, die in fast unheimlicher Weise das Größenmaß ihrer in flacheren Regionen wohnenden Verwandten überschreiten, ähnlich wie wir ja auch unter den längst ausgehordenen Ahnen vieler Tiergruppen gigantische Vertreter antreffen. Ich erinnere nur an die Riesenskollerte und Riesengillnetzte, die ungeheuren Molcharten und Saurier und die kolossalen Tentakel der Vorzeit. Ähnliche Riesentypen sind auch aus der Tiefsee in erheblicher Anzahl herausgebracht worden. Die Hydropolypen z. B. sind im allgemeinen sehr kleine Formen; die einzelnen Individuen sind meist nur fednadellosgroß. Aber in der Tiefsee findet sich der gewaltige, nicht in Kolonien lebende Hydropolyp Branchiocoranthus imperator, dessen leuchtend roter, von langen Fangarmen gekrönter Reich von der Größe einer Sonnenblume auf einem bis über 2 Meter hohen Stiel emporragt. Auch eine andere Polypengruppe, die Seranemonen, die wir vom Flachwasser her als nicht gerade unansehnliche, eventuell die Größe eines Quarklases erreichende Formen kennen, sind in der Tiefsee vertreten durch Arten, die mit Leichtigkeit einen Zylinderhut verschlucken könnten. Und solche Riesentypen sind in den verschiedensten Tiergruppen als Tiefseebewohner: Affeln von der Größe einer Katze; Muschelstrolche, Weilschwärmer, Affelpinnen und andere Formen von bisher unerhörten Dimensionen werden in den abgründlichen Tiefen gefunden. Noch zwei solcher Giganten der Tiefsee möchte ich besonders erwähnen. Einmal die Riesentrabe, ein abenteuerlich aussehendes Ungeheuer, das auf langen, dünnen Beinen daherschleift, mit denen es einen Raum von drei bis fünf Meter überspannt, mit enormen Scherenarmen droht und einen wahrhaft furchterregenden Eindruck macht. Jedoch ist das Tier im seichten Wasser hilflos und unwehrhaft, bei jeder Welle schwankt es auf seinen gespinnstigen langen, dünnen Beinen und kann sich kaum aufrecht halten, es ist eben als Tiefseebewohner nur auf absolut ruhiges Wasser eingerichtet. Vielleicht der gewaltigste Tiefseebewohner aber ist der Krake, von dem die Sagen aller meeranwohnenden Völker erzählen; der Riesentintenfisch, der mit seinen ungeheuren Armen Schiffe umklammert und in die Tiefe ziehen soll. Und dieser sagenhafte Unhold existiert wirklich, wenn er auch selten zu sein scheint und noch seltener an die Oberfläche des Meeres kommt. Alles, was man von ihm kennt, sind einige enorme, bis zu 11 Meter lange Arme, die ab und zu an die japanische oder amerikanische Küste angepölpelt wurden und die uns einen Begriff

von der furchtbaren Größe und Kraft dieses Uniers geben können. Vielleicht gibt die Existenz dieses Wesens auch die Erklärung für eine andere, immer wieder auftauchende Schifferlegende: die Erzählungen von der Seeschlange. Denn wenn wir uns auch getöndt haben, die periodisch in den Zeitungen auftauchenden Nachrichten über Seeschlangen als „Enten“ zu belächeln, so ergibt doch eine Sichtung der vorliegenden Berichte, daß es sich durchaus nicht um bloße Phantasereien und Lügen handeln kann. Sehr wohl aber ließe sich denken, daß der Anblick eines Armes eines derartigen Riesentrafen, der einmal an die Oberfläche emporgetaucht sein mag, zu einem Bericht über eine ungeheuer schwimmende Schlange Veranlassung gegeben hätte.

Einjar Millersens Grönlandexpedition gescheitert. Millersens, der sich gegenwärtig mit der „Alabama“ auf der Fahrt von Thorshavn (auf den Färöern) nach Nezhavil (auf Island) befindet, hat seine sämtlichen Hunde eingebüßt, und damit ist das ganze Unternehmen in Frage gestellt. Nach einem Depeschenwechsel mit dem Ministerium sollte Millersens das Schiff desinlizieren, was inzwischen geschehen ist, und auf Island versuchen, den Hundebestand zu erneuern. Sollte er dabei vom Eise ein- oder abgsperrt werden, wäre Rückkehr nach Dänemark geboten. Inzwischen hat sich der Grönländer, der von Grönland gekommen war und der Expedition als Führer in den öden Gegenden dienen sollte, in Thorshavn krank gemeldet, weil er — Angst hatte. Die Expedition schien ihm mit einem Male zu gewagt. Millersens ist also ohne Hunde und ohne Führer, und da es nach Ansicht des Ministeriums aussichtslos ist, in Anmarschfall 50 Hunde aufzutreiben, ist wohl die ganze Expedition für diesen Moment als gescheitert zu betrachten und ihre Rückkehr nach Dänemark unvermeidlich.

Theater.

Neues Theater: „Sein Sündenregister“. Burleske in 8 Akten von Frig. Friedmann. Frederich. Drei Sündenböde auf einmal: Erlens Herr Friedmann-Frederich, der die „Burleske“ fabriziert hat. Zweiteils der Sommerdirektor Josef Stein, der seinen Schauspiellern und dem Publikum den Schmarren zumutet. Und endlich der Träger der „Ade“ des Stückes: Peter Heildamp mit dem sträflichen Unfall, über seine zahllosen Ehebrüche kein länderlich Buch zu führen. Dieses Sündenregister ist das schändliche Rückgrat der Komik, die sich im übrigen drei Akte lang nur noch durch eine Handvoll obszöner Witzchen über Wasser hält, dornemühtlich aber von Entstellungen auf offener Szene lebt — Entstellungen, durch die beide Geschlechter im Publikum auf die Kosten kommen sollen.

Den Ehe- und Herzensbrecher mit dem Sündenregister gab ein Gast: Hans Lachner. Er spielte flott, kam aber doch nicht recht zur Geltung, hauptsächlich wohl, weil seine Partnerin (Alice Lenz) verlagte. Das Publikum war sehr schlecht einstudiert: es klatschte viel, aber stets an verkehrter Stelle. G. D.

Musik.

„Hotel Amor“ wurde am Sonnabend im Berliner Theater zum erstenmal ausgeführt. Das Stück wird als

Vom Gewerkschafts-Kongress ausführlich zu besprechen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Tagesordnung wurde unverändert gutgeheißen.

In der Sitzung am Montagvormittag gab zunächst die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Es sind 42 Delegierte anwesend; ferner drei Vertreter des Verbandsvorstandes, einer des Ausschusses und fünf Gauleiter, sowie je ein Vertreter des Österreichischen und des ungarischen Holzarbeiterverbandes, in denen auch die Tapezierer jener Länder organisiert sind. Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nimmt Sassenbach an den Verhandlungen teil.

Rechnungsbericht des Vorstandes.

Der hierauf zur Verhandlung kommt, liegt in einer 54 Seiten starken Broschüre gedruckt vor. Der „Vorwärts“ hat das wichtigste daraus bereits am Sonntag mitgeteilt. Nachdem der Verbandsvorsitzende G. Sassenbach den gedruckten Bericht durch mündliche Ausführungen ergänzt hatten, setzte eine sehr rege Diskussion ein. Es sind hauptsächlich die Organisationsverhältnisse und die Lohnbewegungen an den verschiedenen Orten, die hier ausführlich besprochen werden. Die Diskussion unter den Mitgliedern hat sich besonders stark in Rheinland-Westfalen geltend gemacht. Es hängt das damit zusammen, daß dort der Zugang von Arbeitskräften besonders zahlreich ist. Es herrscht unter den Tapeziergehilfen vielfach die Ansicht, daß in Rheinland-Westfalen immer noch am ehesten Arbeit zu erhalten sei, obwohl dies sich nur zu oft als Täuschung erweist. Außerdem wird bemerkt, daß dort der christliche Holzarbeiterverband mit oft recht zweifelhaften Mitteln seinen Einfluß aus unter den Tapezierern geltend zu machen sucht, obwohl dieser Verband keinerlei praktische Erfolge aufzuweisen hat. Zur besseren Förderung der Agitation wird von G. Sassenbach-Hamburg unter anderem hervorgehoben, daß die Gauleiter ab und zu nach einem anderen Gau versetzt werden sollten. Damit werde man auch erreichen, daß den Gauleitern der Blick für das große Ganze des Verbandes nicht verloren geht. Ferner wird in der Diskussion das System der Vertragsammlung durch angestellte Hauskassierer, das in den sechs größten Filialen, jedoch nicht in Berlin, eingeführt ist, besprochen.

In der Nachmittagsitzung wurde die Debatte über den Vorstands- und den Aufsichtsratsbericht fortgesetzt. Es sind vor allem innere Organisationsangelegenheiten, die zur Sprache kommen und sachlich erörtert werden. Jegendwie einschneidende Streitigkeiten liegen nicht vor. Die Debatte wurde um 1/2 Uhr beendet. Der Verbandsvorsitzende G. Sassenbach antwortet in seinem Schlußwort auf verschiedene Einwendungen. Er ist der Meinung, daß das Hauskassierensystem für Berlin mit der Anstellung von zwei Hauskassierern sehr wohl durchführbar ist, und daß die Kosten durch die zu erwartende Steigerung der Beitragseinnahmen größtenteils gedeckt werden, während bei den Berlinerinnen die Ansicht vorherrscht, daß die Anstellung von vier Hauskassierern notwendig sein wird, um das System durchzuführen, und die Kosten so hoch sein werden, daß die Filiale allein sie nicht gut zu tragen vermag. — Der Verbandstag nahm eine Resolution an, die der Filiale Berlin dringend empfiehlt, das Hauskassierensystem einzuführen, um der starken Mitgliederfluktuation entgegenzuwirken. Sodann wurde dem Verbandsvorstand und Kassierer auf Antrag der Rechnungsprüfungskommission einstimmig Decharge erteilt.

Hierauf kam der

Bericht über die Presse

zur Verhandlung. Die Auflage des Verbandsorgans ist seit dem vorigen Verbandstag, 1906, von 8500 auf 10500 Exemplare gestiegen. Die Gesamtkosten betragen im Jahre 1906, als das Blatt nur 14-tägig erschien, rund 8500 M., 1907 bei achttägigem Erscheinen und nach Anstellung eines besonderen Redakteurs 13512 M. und im Jahre 1908 18062 M. Zum Teil ist die Steigerung der Ausgaben für das Blatt auch auf die Erhöhung der Druckkosten infolge der Erhöhung des Buchdruckerpreises im Jahre 1907 zurückzuführen. Der Redakteur Becker bemerkt dazu, daß man sich in der Zeit der Krise der größten Sparsamkeit in den Ausgaben befleißigte. Zu zwei Anträgen, die eine bessere Verdrückung technischer Verfassungen im Verbandsorgan verlangen, hebt der Redner hervor, daß bei dem geringen Umfang dieses Blattes nicht alle Wünsche dieser Art befriedigt werden können. — In der Diskussion über diesen Punkt sprachen mehrere Redner sich dahin aus, daß es doch vor allem darauf ankomme, durch die Presse für grundsätzliche und auch für politische Aufklärung der Mitglieder zu sorgen, was hauptsächlich für solche Orte notwendig sei, wo die politische Arbeiterpresse noch wenig verbreitet ist. Andere Redner wenden dagegen ein, daß, so wichtig dies auch sei, doch junge Mitglieder weit leichter für die Zeitung zu interessieren seien, wenn mehr sachtechnische Fragen behandelt würden. — Es liegen ferner zwei Anträge vor, von denen einer dahin geht, das Verbandsorgan überhaupt wieder vierzehntägig erscheinen zu lassen, der andere dahin, es in der neuen Geschäftszeit des Jahres vierzehntägig, in der übrigen achtzig erscheinen zu lassen. Es zeigt sich jedoch, daß auf dem Verbandstage sehr wenig Sympathie für diese Anträge vorhanden ist. Schon mit Rücksicht auf die Agitation halten die meisten Redner es für geboten, die Zeitung das ganze Jahr über wöchentlich herauszugeben. Im übrigen liegt noch ein Antrag vor, den langen und nach Meinung der Antragsteller leicht zu Verwechslungen führenden Titel des Organs „Korrespondenzblatt“ usw. in „Der Tapezierer“ umzuwandeln. — Die Debatte, die im allgemeinen zeigt, daß an der prinzipiellen Haltung des Organs nichts auszuweichen ist, wird morgen fortgesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Preissteigerungen im Juni.

Im Vergleich mit dem Monat Mai d. J. sind im Juni die Preise für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel und anderer Agrarprodukte kräftig gestiegen. Die „Statistische Korrespondenz“ ermittelt folgende Durchschnittssätze nach den Marktpreisen aus 50 Orten:

Ware	Mai	Juni
Weizen (1000 kg Mark)	251	262
Roggen	183	192
Fruggerste	106	108
Hafer	158	159
Erbsen	191	198
Speisebohnen	285	289
Linien	284	296
Eihartweizen	829	332
Getreide	71	73
Heu	88	76
Nichtstroh	53	58
Stamm- und Weidestroh	41	45
Eier (ein Schod)	8,81	3,89

Das sind wieder enorme Steigerungen, aber dem blau-schwarzen Wied war die Belastung des Volkes noch nicht hoch genug, er hat dafür gesorgt, daß nun auch noch für eine Reihe weiterer Artikel die Preise kräftig in die Höhe schnellen.

Rentabilität im Braunkohlenbergbau.

Bei 85 Braunkohlenwerken, die ihre Bilanz so veröffentlicht haben, daß die Dividende mit der vorjährigen verglichen werden konnte, stellte sich das Aktienkapital im Jahre 1908 insgesamt auf 119,83 Millionen Mark. Auf dieses Aktienkapital wurden im Jahre 1907 11,73, im Jahre 1908 aber 12,45 Millionen Mark an Dividende verteilt. Es ergibt sich im Durchschnitt für 1907 eine Dividende von 9,8 Proz., für 1908 eine solche von 10,4 Proz. Auch von 1906 auf 1907 war bereits eine Steigerung der Rentabilität eingetreten. Der Reingewinn stellte sich im Jahre 1908 auf 17,60 Millionen Mark; er hatte im Jahre 1907

14,60 Millionen Mark betragen, ist demnach um 8 Millionen Mark gewachsen. Bringen wir, um den Nettoertrag des Gesamtkapitals festzustellen, die Verluste für jedes Jahr in Abzug, so erhalten wir für 1907 einen Gewinnüberschuß von 14,5, für 1908 einen solchen von 17,6 Millionen Mark. Der Ueberschuß hat sich also um 3,1 Millionen Mark erhöht. Eine Gewinnsteigerung um 22 Proz. in einem Jahre hat außer dem Braunkohlenbergbau kein anderes Gewerbe im Jahre 1908 aufzuweisen. Dabei sind die Abschreibungen usw. noch sehr reichlich bedacht worden. Sie haben sich gegen 1907 gleichfalls vermehrt und erreichten indessen einen Betrag von 13,75 Millionen Mark. Im Jahre 1907 hatten sich die Abschreibungen bei der gleichen Anzahl Gesellschaften nur auf 11,68 Millionen Mark belaufen. 2 Millionen Mark mehr Abschreibungen und 8 Millionen Mark mehr Gewinn ergeben eine Summe von 5 Millionen Mark, die mit einem Aktienkapital von 119 Millionen Mark mehr erzielt worden sind. Die Hse, Vergbau-Akt.-Ges., verteilt 22 Proz. gegen 20 Proz., Eintracht, Braunkohlenwerke, 27 gegen 24 Proz. Die konsolidierten Braunkohlenwerke Karoline 30 gegen 28 Proz. Da mögen die Aktionäre jubeln; die Bergarbeiter werden drangsalirt, ihre bescheidenen Forderungen erfahren Abweisung und die Konsumenten beutet das Grubenzapital rücksichtslos aus.

Die geplante Bierpreiserhöhung.

Daß die Brauereien und Wirte, so schreibt nun auch die „Arbeitsmarkt-Z.“, die neue Belastung aus der Biersteuer auf den Konsum abwälzen würden, war vorauszu sehen. Dagegen hätte sich wohl kaum Widerspruch erhoben. Daß aber die Gelegenheit wahrgenommen werden soll, nicht nur die neue Steuer auf den Konsum abzuwälzen, sondern den Konsum um das Fünft- bis Siebenfache des Steuerbetrages zu belasten, das ist ein Vorhaben, das auch für die Brauer und Wirte gefährlich werden muß. Denn allzu scharf macht scharf. Die gesamte Steuerbelastung der eben angenommenen Finanzreform, über die so erregte Kämpfe stattgefunden haben, dreht sich um den hohen Betrag von 500 Millionen Mark. Brauereien und Wirte wetteifern mit dem übrigen Bedarf des Reiches nicht nur, sondern sie gehen über die halbe Milliarde noch hinaus. Wenn die Absichten der Interessenten verwirklicht würden, so ergäbe das eine durchschnittliche Belastung von circa 10 M. pro Kopf der Bevölkerung und da die Zahl der Biertrinker erheblich kleiner ist als die der Bevölkerung, steigt die Durchschnittsbelastung des Biertrinkers auf weit mehr als das Doppelte des genannten Betrages.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf um das Frauenstimmrecht.

Die englische Women's Freedom League (Liga für die Befreiung der Frauen) erachtet ebenso wie die Suffragettes das an den Nachweis bestimmter Einkommensqualifikationen gebundene Wahlrecht für die Frauen, lehnt aber die lärmende Agitationsweise dieser jüngsten Richtung in der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung Englands ab. Während die Suffragettes nach ihrer letzten großen Aktion vor den Toren des Parlaments gegenwärtig im Zustande bewaffneter Neutralität verharren, hat die Women's Freedom League den Kampf aufgenommen. „Aber dieser Kampf wird“ — so schreibt die „Woman Worker“ — „konstitutionell und legal geführt. Da gibt es keine Aufstrebungen zu Zusammenrottungen, keine Aufforderungen an die Menge, den Frauen zu folgen und Zeugen der gegen sie verübten Ungerechtigkeiten zu sein, da gibt es keine Zusammenkünfte mit der Polizei, keine „Obstruktion“.

Das Ziel der von der Women's Freedom League in das Unterhaus entsandten Deputation ist, das Petitionsrecht festzustellen oder für alle Fälle die gegenwärtige nebelige politische Situation zu klären. Durch ein Gesetz aus der Zeit Karls II. ist das Recht einem oder mehreren Abgeordneten oder dem Könige selbst eine Petition zu überreichen, jedem Bürger gewährleistet, vorausgesetzt, daß die Deputation nicht mehr als zehn Personen zählt. Dieses Recht wurde später noch besonders sichergestellt durch die große revolutionäre Resolution von 1688, die alle Verfolgungen oder Verhaftungen bei der Ausübung desselben als ungesetzlich erklärte. — Bekanntlich haben Polizei und Gerichte sich über diese Gesetzesbestimmungen in letzter Zeit einfach hinweggesetzt, indem sie die Suffragettes, die von dem Petitionsrecht Gebrauch machen wollten, wie gemeine Verbrecher ins Gefängnis sperrten.

Aus der Bewegung in Oesterreich. In Reichenbach wurde am 4. Juli eine sehr gut besuchte Frauenkonferenz abgehalten, die ein sehr erfreuliches Bild von der stetig fortschreitenden Bewegung unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen Nordböhmens bot. Einen Blick für die Agitation gaben die Rednerinnen Genossinnen durch ihre Mitteilung, daß sie mit einer Hausagitation die Zahl der Mitglieder kräftig in die Höhe gebracht haben. Genossin Petrat berichtete, daß in Reichenbach eine lose gesungene Vereinigung bestehe, die den Mangel einer Jugendorganisation für die Arbeiterinnen ersetzen soll. Genossin Neumann teilte mit, daß im Kuffiger Bezirk über 700 Frauen organisiert sind, davon allein 400 in der Stadt Kuffig.

Er einem neuen Redaktionswechsel steht das mehrfach von uns erwähnte Wochenblatt der englischen Arbeiterinnen „The Woman Worker“. Nachdem Genosse Robert Blatchford das Blatt etwa drei Monate lang redigiert, teilt er in Nr. 2 vom 14. Juli in einem humoristisch gefärbten Abschiedswort an die Lesertinnen mit, daß er die Zeitung niederlege und in die Redaktion des „Clarion“ zurücktrete. Nicht daß ein Frauenblatt nicht von einem Manne redigiert werden könne. Aber er sei nun einmal nicht der Mann, wäre es nie gewesen und werde es nie sein. „Ich passe in eine Frauenzeitung, wie ein Walros in einen Blumenkasten. Darum wird mein Platz besser ausgefüllt, wenn ich ihn verlasse.“

Unter Blatchfords Leitung war die Auflage der „Woman Worker“ Anfangs nach 28 000 auf 32 000 Exemplare gestiegen, um in den letzten Wochen noch geschwinder auf 27 500 Exemplare zu fallen. Nicht ohne Einfluß hierauf war jedenfalls Blatchfords verfehlter Versuch, die „Woman Worker“ aus einem reinen Arbeiterinnenblatt zu einer Zeitschrift für alle Frauen zu machen, wobei natürlich die Interessen der proletarischen Frauen zurückgedrängt werden mußten.

Gerichts-Zeitung.

Flugblattverbreitung am Sonntag.

Durch Flugblattverbreitung am Sonntag soll der Arbeiter Scheerhart in Danzig die Verkommensverordnung vom 31. Juli 1898 verletzt haben, welche an Sonn- und Feiertagen öffentlich bemerkbare Arbeiten verbietet. Das Landgericht in Danzig verurteilte ihn, obwohl festgestellt wurde, daß S. die Flugblätter nur innerhalb der Häuser verteilt hat. Eine „Arbeit“ nahm das Gericht an, weil die Flugblattverbreitung mit einer gewissen „Anstrengung“ verbunden gewesen sei; die öffentliche Bemerkbarkeit leitete das Gericht daraus her, daß das Publikum auf den Mann, der mit einem Päckchen Blätter von Haus zu Haus ging, aufmerksam geworden sei. In der Begründung der Revision, mit der S. das Urteil anfocht, betonte er, es mühe zwischen dem Gehen auf der Straße und dem eigentlichen Verteilen in den Häusern unterschieden werden. Die öffentlich bemerkbare Tätigkeit des Gehens auf der Straße holzliche sich genau in derselben Weise wie bei jedem anderen Passanten, während das Verteilen in den Häusern nicht öffentlich bemerkbar sei. Der Revisionshof des Kammer-

gerichts verwarf jedoch am Sonnabend das Revisionsmittel mit folgender Begründung: Es stehe fest, daß S. auf der Straße gesehen worden sei, wie er mit einem Paket von etwa 50 Flugblättern zum Zwecke des Verteilens von Haus zu Haus ging. Wenn das Landgericht eine öffentlich bemerkbare Arbeit annehme, so sei ihm darin beizutreten! Der Begriff der „Arbeit“ sei nicht verkannt! Das Verteilen der Flugblätter sei immerhin mit einer gewissen Anstrengung verbunden gewesen und als Arbeit anzusehen. Die „Arbeit“ sei aber nach den Feststellungen des Landgerichts auch „öffentlich erkennbar“ gewesen, da es danach den Passanten auf der Straße hätte zum Bewußtsein kommen müssen, daß S. mit dem Verteilen vonzetteln beschäftigt gewesen sei. Das genüge!

„Widerstand gegen die Staatsgewalt“.

Einen schweren Erzech hatten die Arbeiter Paul König, Otto Lamprecht und Emil Schmidt verübt, die sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen Verleumdung, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung und groben Unfugs verantworten mußten. Am 23. März waren die drei Angeklagten nach Steglitz gefahren. Als sie den Bahnhof verlassen wollten, begegnete ihnen auf der Treppe der Weichensteller Köhn, der einen solchen eingehenden Zug noch erreichen wollte, um rechtzeitig zum Dienst zu kommen. In der Hofstrecke er aus Versehen den Kessel des Lamprecht, der über diesen harmlosen Zwischenfall in große Wut geriet. Er lief dem K. nach, wurde aber an der Bahnsteigperron von dem Schaffner Barupl angehalten, der ihn nicht auf den Bahnsteig hinausschaffen wollte, da er kein Billett hatte. Lamprecht begann mit dem Beamten einen Streit. In dessen Verlauf fielen die drei Angeklagten über B. her, zertritten ihn aus dem Schutzhäuschen und schlugen auf ihn ein. Als dem Rißhandelten andere Bahnbeamte zu Hilfe eilten, kam es zu einer wilden Prügelei, der erst durch die Polizei ein Ende bereitet wurde. Schmidt widerlegte sich seiner Fesslung, warf sich zu Boden und schlug mit den Weinen an sich. Schließlich wurde er zur Polizeiwache geschleift und in Fesseln gelegt. Der Amtsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von 4 bezw. 6 Monaten. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und erkannte gegen Schmidt auf 8 Monate und 1 Woche Gefängnis und 2 Wochen Haft, gegen Lamprecht auf 5 Monate und 1 Woche, gegen König auf 4 Monate und 2 Wochen Gefängnis. Schmidt wurde außerdem wegen Flußüberdachts sofort verhaftet.

Der Urheberrecht.

Im § 9 des Urheberrechtsgesetzes vom 10. Juni 1901 bestimmt: „Im Falle der Uebersetzung des Urheberrechts hat der Erwerber, soweit nicht ein anderes vereinbart ist, nicht das Recht, an dem Werke selbst, an dessen Titel und an der Bezeichnung des Werkes Zusätze, Kürzungen oder sonstige Veränderungen vorzunehmen. Zulässig sind Änderungen, für die der Berechtigte seine Einwilligung nach Treu und Glauben nicht verweigern kann.“ — Wegen Uebersetzung der Bestimmungen hatte das Landgericht II auf Grund des § 9 deselben Gesetzes den Schriftsteller Dr. Papienaci zu einer Geldstrafe von 3 M. und einer Buße von 20 M. verurteilt, weil er als verantwortlicher Redakteur des Gerichtsblatts der „Täglichen Rundschau“ einen ihm zugegangenen 35 Seiten langen Artikel durch Uebersetzung beziehungsweise Kürzung auf 12 Seiten gebracht und so veröffentlicht hatte. Der ursprüngliche Artikel, der eine Kammergerichtsentcheidung behandelte, wurde vom Landgericht als Uebersetzung wissenschaftlichen Inhalts angesehen, weil es sich nicht bloß um eine mechanische Wiedergabe des Urteils, sondern um eine zwar gedrängte, aber auf selbständiger geistiger Arbeit beruhende Darstellung des ganzen Prozesses in seinem Verlauf und Ergebnis handelte. Die vorgenommene Kürzung erklärte das Landgericht für unzulässig. Bei Beurteilung der Sache wären neben § 9 des Urheberrechtsgesetzes auch mit in Betracht zu ziehen die §§ 13, 41 ff. und des Verlagsgesetzes. Danach sei für Zeitungen, in denen Beiträge ohne Namensnennung erscheinen, der Verleger befugt, Veränderungen der Fassung vorzunehmen, welche bei „Sammelwerken derselben Art“, womit auch Zeitungen gemeint seien, üblich sind. Bei periodischen Zeitungen wäre als Berechtigter und legitimierter Vertreter des Verlegers der verantwortliche Redakteur zu erachten. Der § 9 des Urheberrechtsgesetzes sei dahin auszulegen, daß der Erwerber des Urheberrechts solche Veränderungen vornehmen dürfe, bezüglich deren er gute Gründe, der Autor nach billigem Ermessen kein entgegenstehendes Interesse habe. Dazu gehörten Veränderungen der Orthographie oder Konstruktion, Ersatz von Fremdwörtern, Ausmergungen beleidigender oder sittenwidriger Stellen und dergleichen, also nur solche Änderungen, die die Wesentlichkeit des Autors, des geistigen Erzeugers unberührt ließen, soweit nicht gesetzliche oder anerkannte ethische Rücksichten einen weitergehenden Eingriff gestatteten. — Das Landgericht kam auf Grund dieser Ermögungen und unter Berücksichtigung eines Gutachtens der literarischen Sachverständigenkammer zu dem Ergebnis, daß die in den Inhalt jenes Artikels eingetragene Kürzung keine übliche Fassungänderung sei und daß der Autor berechtigt gewesen sein würde, seine Zustimmung zu der Änderung zu verweigern, die aus der ursprünglichen Ausarbeitung eine bloße Nachridt gemacht habe. — Der zweite Strafsatz des Kammergerichts verwarf die Revision des Angeklagten: Die Berechtigung lasse einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Insbesondere sei ohne Rechtsirrtum festgesetzt, daß es sich um eine Uebersetzung wissenschaftlichen Inhalts handelte und daß der Artikel gegen eine Kürzung geschützt war, welche sich nicht an die Fassung hielt, sondern zu einer Änderung des Inhalts führte.

Vermischtes.

Sweizerischer Mord.

Gann-Münden, 19. Juli. Nach einer Meldung der „Mündener Post“ haben die beiden Mörder des Fabrikarbeiters Bieseler, namens Feuermann und Wode, eingestanden, auch die Luise Jäntor ermordet zu haben.

Schwerer Unglücksfall.

Mannheim, 19. Juli. Im Stahlwerk Mannheim brach gestern Abend, als man bei der Montage eines Kranes ein 270 Zentner schweres Werkstück herabzog, die Kette. Die herabfallende Last geriet in den Mast, an welchem das Montagegerüst befestigt war. Die darauf stehenden acht Arbeiter wurden herabgeschleudert. Sieben wurden verletzt, von diesen vier so schwer, daß sie in das Allgemeine Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Fliegt er nicht, redet er.

Friedrichshafen, 19. Juli. Der letzte Binder der großen Bauhalle der Zeppelin-Gesellschaft wurde heute aufgerichtet. Es findet aus diesem Anlaß eine kleine Nichtfeier statt, bei welcher Graf Zeppelin eine Ansprache halten werde. Herrig im Gerüst steht damit der bedeutende aus der Wollspende errichtete Bau.

Die alte Geschichte.

Ludwigs-hafen, 19. Juli. Der Tagelöhner Peter Weber aus Frankfurt a. M. kam gestern hierher, um seine von ihm getrennt lebende Ehefrau zur Rückkehr zu bewegen. Als diese sich weigerte, gab er vier Revolverkugeln auf sie ab, ohne jedoch zu treffen. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und jagte sich eine Kugel in den Kopf, die ihn sofort tötete.

Zwidau. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Kaserne des 183. Inf.-Regt. zu Zwidau. Am Sonnabendmittag explodierte ein Speisekessel; 4 Soldaten wurden schwer verletzt, einer davon soll bereits verstorben sein. Das Regiment und das Brigadefeldkommando verweigern jede Auskunft.

Karlsruhe. Wegen Untreue und Unterschlagung wurde der Bürgermeister Meier in Schopfheim bei Wiesenthal (Baden) zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Demokratischer Wahlverein
Bezirk Weißensee.
Den Genossen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Genosse
Ferdinand Puhmann
im Alter von siebenzig Jahren am
Sonntag, den 17. Juli, verstorben ist.
Seine Beerdigung findet heute
Dienstag, den 20. Juli, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle
des Weissenfelder Friedhofes
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
18/4 Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, dass am Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 10^{1/2} Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter nach langen Leiden verschieden ist.
Dies zeigt tiefbeträbt an
Fritz Böike
und Kinder.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. Mts., nachmittags 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. (18792)

Sonntag, den 17. Juli, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, der Lämpfer
August Corsalli
im 49. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten
Frau **Cosalli** und Kinder.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 5955

Gelegenheitskauf.
Schillers Flucht
von Stuttgart und Aufenthalt in Mannheim von 1782—1785
von **Andreas Streicher.**
Mit Briefen Streichers und Auszügen aus der Autobiographie Hevons.
Gutartiger Preis
statt 2 Mk. nur 50 Pf.

Manoli Cigaretten
bleiben die besten auch für den verwöhntesten Raucher.
Spezialmarken:
Abbas, Dandy, Gibson Girl.
Eingeführt v. d. französisch. u. italienisch. staatl. Tabak-Regien.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege, der Tischler
Karl Scholz
am 17. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass unsere liebe Tochter und Schwester
Berta
nach langem, schmerzlichem Leiden im Alter von 21 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle zu Dreptow, Neue Arny-Allee, aus statt. 5075

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Former
Karl Sprötte
am Schicksal gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Juli, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des neuen städtischen Friedhofes in Hirtsdorf, Scharnhorstweg, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet. 120/6 Die Ortsverwaltung

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28
Ecke Ritterstr.

Todes-Anzeige.
Am 19. Juli entschlief nach kurzem schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann und guter Vater, der Schriftfeger
Albert Kotze
im 48. Lebensjahre. 18782
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, dass am Sonntag, den 17. Juli, unser Kollege, der H.-A.-Arbeiter
Paul Schneider
(Brauerei) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt auf dem Ostkirchhofe in Ahrensfelde heute, Dienstag, nachmittags 2^{1/2} Uhr.
Rege Beteiligung erwartet. 48/4 Die Ortsverwaltung.

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Straße 2.**
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

A. Grimberger
Berlin N., Hunsitenstraße 40
Tel. Amt III. No. 4304.
Holz- u. Kohlenhandlung
Ausnahme-Preise.
Abnahme: Juni-Juli.
Beste Sentenderger Marken ab Platz von 10 Zentner an:
Prima Halbsteele, Lauchhammer Ztr. 81 Pf.
Halbsteele, Heys " 85 "
Bockwitz-Briketts " 80 "
Anna " 87 "
Vulkan u. Pfäferschaft " 89 "
In Anhalt-Kohlenwerke " 95 "
In Ilse " 95 "
Anthraxit-Cadé " 2,15 M.
Koks, Steinkohlen u. Holz zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen.
Anlieferung frei Keller, je nach Quantum, pro Zentner 10 bis 15 Pf. mehr.
Bei größeren Abschüssen verlangen Sie meinen Vertreter.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegen, billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartengrundstück, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Cromenade, Brünner Straße, Mühl-Straße, Holländer- und Thuner Straße.

Carmen Sylva Cigaretten
Beste Qualitäten
Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Ranch-, Kan-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken
Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuester Katalog
Empfehlenswerter Arzt u. Prof. grad. u. Dr.
H. Dager, Gesundheitsrat
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

Für die herrliche Teilnahme und reichlichen Kränzchen bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
Erich Leitel
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Turnverein „Richter“ und den Kollegen der Firma in Berlin u. Co., Statiner u. Hans in unser herzlichsten Dank.
Hermann Leitel nebst Frau und Sohn. 5935

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orls- und Hiltz-Krankentafeln.
Berlin N.,
Lotharinger Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Bändern, angenehm u. reich am Körper.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Ranch-, Kan-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken
Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Totalschuldenverkauf. Restbestände Tuch- und Wäscheartikel, Garnitur 2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50 ufm. G. Weissenbergs Portiergeschäft, Große Frankfurterstraße 125.

Wäbelaufverkauf. Wegen Todesfall bedeutend herabgesetzte Preise. Blech, Petersburgerstraße 62.

Musik.

Schlafstellen.

Achtung! Kürschner und Schneider!

Teppiche (sehr billige) Gelegenheitskauf. Abrichter, Kautschuk, Große Frankfurterstraße 9, Ahrensfeld. Sommerartikel 6 Prozent Extrarabatt. 16118*

Tüchleinverkauf. extra groß, 1,95, 2,25, 3,25, 4,25 ufm.
Erbsenbrot, entzündende Käsefärgungen. 3,45, 3,85, 4,50, 5,25, 6,00 ufm. G. Weissenbergs, Große Frankfurterstraße 125.
Wäbelaufverkauf. Garnituren und einzelne Fenster (2 Stk.) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 ufm. G. Weissenbergs, Große Frankfurterstraße 125.
Wäbelaufverkauf. 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 6,50 ufm. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.
Wäbelaufverkauf. mit feinen Farben, 10 Prozent Extrarabatt, 7,50, 9,85, 11, - , 13, - , 15, - ufm. G. Weissenbergs, Große Frankfurterstraße 125.
Tüchleinverkauf. 1,25, 1,75, 2,50, 3,50 ufm.
Wäbelaufverkauf. 3,85, 4,85, 6,50, 7,85, 9,25 ufm. Große Frankfurterstraße 125.
Wäbelaufverkauf. Garnituren, Stoffe und Einzelstücke, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50, 6,50, 7,85 ufm. Große Frankfurterstraße 125.
Wäbelaufverkauf. von Möbelstoffen, Anzeigens- und Ausstellungsreisen zu Spottpreisen. G. Weissenbergs, Große Frankfurterstraße 125.
Wäbelaufverkauf. für alle Figuren, Monatspaletts von 5,00 an, Jahrespaletts 12,00, Hofen 1,50, sowie Regalpaletts billiger als überall. Zentralhaus Grüner Weg 78, Nähe Köpenickerstraße. Vorzeiger dieses Inzerats 5 Prozent Rabatt. 5185*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Verschiedenes.

Mietsgesuche.

Achtung! Holzarbeiter

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Wäbelaufverkauf. Gebrauchte, verlebene und neue Kleiderstoffe, Berlin 18, Ausziehlich, Solatisch 15, Rückenpind 10, Bettstoffe mit Rückenpind 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Tischplatte mit Leder 19, Sofa 22, elegante Tischplatte 45, Pianoschloß 68, Säulenbureau 30, Aufbaumöbel, Bücherständer, englische Schlafzimmern, buntes Küchens, Backofen 20. Materialabteilung, Transport frei. G. Weissenbergs, Köpenickerstraße 69, 219/10*

Ein schweres Unglück auf der Radrennbahn Botanischer Garten

Hat sich am Sonntagmorgen zugetragen, das von den furchtbaren Folgen begleitet war. Fünf Personen sind bereits tot, während 22 teils schwer, teils leicht verletzt sind, von denen mehrere in Lebensgefahr schweben.

Ueber das Unglück liegen eine ganze Reihe Berichte vor. Wir lassen zunächst den unseres Radrennberichterstatters folgen:

Anlässlich der Eröffnungssrennen der neuen Bahn ereignete sich beim „Stundenrennen“, das von Contenet, Myser, Stellbrink und Stoll bestritten wurde, ein Unglück, wie es bisher auf einer Rennbahn im gleichen Umfange zum Glück noch nicht dagewesen ist. Stoll, der in der 10. Minute Radstehen hatte und dadurch einen Verlust von mehreren Runden erlitten hatte, kam bald wieder ins Rennen und legte ein so scharfes Tempo vor, daß er den führenden Contenet passieren konnte. In der 20. Minute plattete am Krügerischen Motor (Führer für Stoll) der Hinterradreifen seines Motors und beide kamen in der Einlaufkurve zu Fall. Myser mit seinem Motortandem folgte ihnen dichtauf. Um die Gefährzten zu schonen, biegen Vorkert-Porte (die Führer von Myser) nach oben. Durch die Geschwindigkeit, mit der sie fahren, wird das Tandem über die Barriere getragen, Myser folgt durch den Luftdruck, und alle drei sausen im Vogen durch die Luft gerade in eine Menschengruppe hinein, die dort Ausstellung genommen hatte. Beim Auffschlagen des Motors gerät das Benzin in Brand und eine helle Loheschlacht empor. Beherzt springen zwei Soldaten, einer vom 2. Garde-Regiment und der andere vom Eisenbahnregiment, hinzu und retten ungeachtet der Gefahr und mit eigenen Verletzungen mehrere Verunglückte, die in Flammen umherirren. Leider geriet ein junges Mädchen unter den brennenden Motor und verlor bis zur Unkenntlichkeit. Die Rettungstätigkeit gestaltete sich mangels Wasserzufuhr sehr schwierig und erst die rasch herbeigeleitete Feuerwehre konnte den Brand löschen. Anerkannt sei auch die Hilfe mehrerer Zivilpersonen. Die Verletzten, die zum Teil schwere Brand- und Bruchwunden davongetragen, wurden nach dem Krankenhäuser transportiert, doch ist bei einigen keine große Hoffnung an ein Aufkommen vorhanden. Am glimpflichsten sind die zunächst direkt Beteiligten davon gekommen. Myser trug Hautwunden davon, konnte aber ohne Hilfe seine Wohnung aufsuchen. Seine Schrittmacher haben Quetsch- und Brandwunden erlitten, Stoll und Krüger sind ebenfalls ohne erheblichen Schaden davon gekommen, ebenso Käser, der Schrittmacher von Stellbrink. — Von den zahlreichen Verletzten sind leider schon mehrere ihren Wunden erlegen. — Das Hauptfahrgeschick genann W. A. Rend vor Kudela, Carapezzi und Sähmlich.

Von einem anderen Augenzeugen, einem Schöneberger Kaufmann, werden über das Unglück noch folgende Mitteilungen gemacht:

Ich stand während des Rennens auf der Tribüne der östlichen Kurve, wo sich etwa 400 Personen befanden, darunter viele junge Mädchen und Frauen in düstigen Kleidern. Es mochte gegen 1/6 Uhr nachmittags sein — die Fahrer lagen in schärfstem Tempo dicht hintereinander und Contenet-Paris führte — als plötzlich der Einfigermotor Krügers durch Plagen des Hinterradens stürzte und im Fallen den Fahrer Stoll mit sich nach dem Innenraum hineinriß. Im nächsten Augenblick sah ich auch schon, wie die Führungsmaschine von Myser, auf welcher die Schrittmacher Porte und Vorkert saßen, im Vogen auf die Barriere der Kurve, wo ich stand, aufuhr, und zwar derartig, daß die Maschine sich in der Luft drehte und mit dem Hinterrad in das Publikum hineinfiel. Das Vorderrad blieb an der Barriere hängen. Der in voller Fahrt befindliche Myser wurde in meterhohem Vogen in die Zuschauer geschleudert und riß im Fall eine Anzahl Menschen zu Boden. Ein dumpfer Knall ertönte und in der nächsten Sekunde schoß eine mächtige Feuerkugel empor. Der Benzinbehälter war geplatzt und die brennende Flüssigkeit ergoß sich auf das an jener Stelle besonders dicht gedrängt stehende Publikum. Ein furchtbares Hilfesgeschrei ertönte.

am ganzen Körper brennende Menschen

liefen umher oder wälzten sich am Boden, während die meisten Zuschauer in wilder Angst die Flucht ergriffen. Nun fing auch die Tribüne zu brennen an und die Menschen, die auf Treppenstufen standen, stolperten und stürzten übereinander. So erklärt sich, daß eine große Anzahl Verletzter Quetschwunden davontrug. Leider fehlte es an Wasser, um die Löscharbeit intensiv aufnehmen zu können. Und doch wurden Heldentaten bei den Rettungsarbeiten vollbracht. Zwei Soldaten vom Eisenbahnregiment und ein Gardeinfanterist warfen sich auf die brennenden Personen und erlösten in zahlreichen Fällen die Flammen. Der Gardeinfanterist brannte selbst am ganzen Körper, ließ aber von seinem Rettungswort nicht eher ab, bis es ihm gelungen war, die beiden Schrittmacher Vorkert und Porte unter den Trümmern des brennenden Motors hervorzuziehen. Dann wurde der mutige Reiter selbst ohnmächtig, entfernte sich aber später. Die Schwerverletzten wurden in die Kabinen der Rennfahrer gebracht. Nach und nach verstummte das Schreien, da die meisten Verwundeten bereits bewußtlos geworden waren. Auch der Stellbrink'sche Schrittmacher Josef Käser hat zwei Menschenleben mit Aufopferung seiner selbst gerettet. Als er eine Sekunde nach der Explosion die Unfallstelle passierte, sprang ihm ein brennender, etwa 12jähriger Knabe, der sich vor den Flammen bergen wollte, entgegen. Der Kleine war über die Barriere geklettert und versuchte in seiner Angst, die Bahn hinunter zu rutschen. Um den Jungen nicht zu überfahren, ergriff ihn Käser in voller Fahrt mit der Hand und schleuderte den Kleinen nach dem Innenraum, wo er ohne weitere Verletzungen niederfiel. Im nächsten Augenblick aber sprang ein korporulenter Herr über die Barriere, und auch dieser wäre unrettbar verloren gewesen, wenn nicht Käser, um ein Unglück zu verhüten, sich mit voller Wucht mit seinem Motor zu Boden geworfen hätte. Der mutige Schrittmacher geriet hierbei unter seine Maschine und erlitt erhebliche Quetschungen an der Brust und am Hüftgürtel.

Die Menschenmengen, die nach Bekanntwerden der Katastrophe nach dem Botanischen Garten strömten, zählten nach vielen Tausenden. Der Straßenbahnverkehr in der Potsdamerstraße mußte von 5.15 bis 5.50 Uhr gänzlich eingestellt werden. Der Eingang nach der White City wurde von der Polizei gesperrt, die Türen vernagelt.

Die Rettungssaktion.

Auf die Kunde vom dem großen Unglück eilten sofort von allen Rettungs- und Unfallstationen aus der Umgebung Kräfte und Helfgehilfen mit Verbandsmaterialien herbei, um den Verletzten die erste Hilfe angedeihen zu lassen. Auch der Verband für erste Hilfe wurde alarmiert und bald fuhr ein Krankenwagen nach dem anderen herbei, um die Schwerverletzten nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße zu transportieren. Ebenso war die Feuerwehre in mehreren Löschzügen bald zur Stelle. Seitens der Polizei wurde

ein größeres Aufgebot berittener Schupleute und Fußbeamten zur Unfallstelle geschickt. Die Bahn wurde abgesperrt und ein Betreten streng untersagt. Beim Eintreffen der Feuerwehre war der Brand, der sich auf den Sattelplatz auszudehnen drohte, fast vollständig gelöscht. Die Samariter der Wehre hatten im Verein mit den Ärzten und Helfgehilfen alle Hände voll zu tun. Nicht weniger als zweiundzwanzig Schwerverletzte

wurden festgesetzt. Zwei Frauen waren bereits tot und drei der Schwerverletzten sollten noch im Krankenhaus den Folgen der Wunden erliegen. Die meisten der Verunglückten mußten sofort nach dem Krankenhaus geschafft werden, da eine Operation unbedingt notwendig war. Auf der Unfallstation in der Steglitzer Straße wurden etwa zehn Verletzte verbunden. Hierunter befanden sich auch leichter Verwundete. Durch die Panik, die unter dem Publikum entstand, wurden mehrere Personen getreten und verletzt. Eine ganze Reihe der Verunglückten war von dem schweren Motor getroffen und scharflich zugerichtet worden. Einer Frau wurde die rechte Brustseite fast vollständig zerschmettert, einem jungen Manne war die linke Gesichtseite in entsetzlicher Weise verunstaltet worden. Andere Verunglückte wurden durch Stützflammen getroffen und schwer verbrannt. Die beiden erwähnten Frauen waren die Vordersten in der Zuschauerreihe gewesen. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Im Elisabeth-Krankenhaus,

wo die Schwerverwundeten Aufnahme fanden, spielten sich im Laufe des Abends herzzerreißende Szenen ab. Angehörige suchten nach eingelieferten Kindern, Kinder suchten ihre verunglückten Eltern auf, um sich über ihren Zustand zu erkundigen. Unter den Kranken und Krankenschwestern herrschte ungeheure Aufregung. Der größte Teil der Verletzten war gar nicht vernunftfähig. Schwerverletzte waren folgende Personen: Rudolf Jacoby, Kyffhäuserstr. 2 in Schöneberg; Franz Schürich, Großbeerenstr. 82; Max Lehmann, Bernauer Str. 72; Ernst Bollmann, Wölkernstr. 71; Christian Schmidt, Thauerstraße; Kurt Rätzsch, Potsdamer Str. 54; Reinhold Grund, Goltzstr. 30 in Schöneberg; Karl Wühl, Kottbuser Str. 49; Max Rietzsch, Salzweider Str. 11; Walter Hermann, Steglitzer Str. 20; Hubert Arumpfen, Schefelsstr. 21; Artur Pehle, Krausenstraße; Franz Krüger, Mauerstraße; Walter Hermann aus Steglitz; Julius Großmann; Adolf Chornikon, Putzener Str. 8; Karl Vendersdorf aus Schöneberg; Helene Wientler; Auguste Schulz, Hugelberger-Str. 51; Paul Dittmann, Steinträger, Erkstr. 18. Leicht verletzt sind: Clemens Gismann, Potsdamer Str. 16; Paul Neumann, Ansebestr. 16; Reinhold Weiser, Sleditschstr. 14; Albert Papel, Varnimstraße 31; Otto Koch, Birkenstr. 28; Paul Meier; Kaspar Tormald, Fährbringerstr. 55; Erich Schmidt, Invalidenstraße; Witsche, Mechaniker, aus der Brunnstraße.

In den beiden toten Frauen wurden festgesetzt: Die 17jährige Anna Krüger, die bei ihrer Mutter in der Mauerstr. 51 wohnte, und die 47jährige Emma Großmann aus der Emdener Straße 49. Die im Krankenhaus verstorbenen Männer sind der Handlungsgehilfe Friedrich Schrick und der Arbeiter Franz Gutschke aus der Jakobstr. 65. Verstorben ist nachträglich noch Frau Anna Krüger, die Mutter des verstorbenen 17jährigen Mädchens.

Einer der Verunglückten, der Mechaniker Witsche, gibt über die Katastrophe folgende Beschreibung:

Wir waren gänzlich in das Rennen vertieft, als dicht vor uns auf der Rennbahn ein Radfahrer plattete, und im nächsten Augenblick stolperte Myser mit seinen Schrittmachern, die sich dicht hinter Stoll gehalten hatten, die steile Kurve scharf auf und zu hinaufgefahren, um Stoll zu überwinden. Die Schnelligkeit war außerordentlich groß und in der nächsten Sekunde erfolgte das Unglück. Der Motor kam mit der Barriere in Verührung, die beiden Schrittmacher wurden im Vogen auf die Bahn herabgeschleudert, während die Führungsmaschine direkt auf uns zugestürzt kam. Es war ein unheimlicher Moment, als der schwere noch knatternde Motor auf uns loskam. Ich bückte mich tief und dies war mein Glück. Hätte ich nicht die Gesichtsgewandtheit gehabt, so wäre ich jetzt vielleicht nicht mehr unter den Lebenden. Im nächsten Augenblick ertönten Angst- und Schmerzensschreie. Die Verwundeten stießen sie aus. Um uns entstand eine Panik. Alles drängte nach dem Ausgang des Sattelplatzes, der bereits vom Feuer ergriffen war. Gar mancher wurde zu Fall gebracht und mit den Füßen auf ihm herumgetreten. Eine Frau, die lächterlos brannte, stieß jämmerliche Weherschreie aus. Viele blutige Gesichter sah man und einige der Verwundeten stürzten durch Blutverlust erschöpft zu Boden.

Der Brandschaden ist nur ein unbedeutender. Eine mehrere Quadratmeter große Fläche ist aus dem Sattelplatz herausgebrannt, während die Barriere stark verkohlt wurde.

Die Unglücksstelle

ist nur wenige Quadratmeter groß. Die Bretter sind angekohlt, man hat begonnen, die Bretter zu entfernen. Dabei wurde unter andern auch noch ein Gefäß (Unterfließergebiß mit zahlreichen Röhren) gefunden, das der Radfahrer-Samariter, Herr Fr. Wandl, N. 58, Am Sattelplatz 8, in Verwahrung hat. Kommissionen sind tätig, um die Sachlage genau festzustellen. Der Minister des Innern hat Bericht eingefordert.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Lokalkampf in Neu-Zittau.

In Neu-Zittau führen die Genossen einen Kampf um Erhaltung ihres Lokals. Dort stehen unsern Genossen die Lokale von Gustav Frenk und Gustav Bauer zur Verfügung. Durch den Umstand aber, daß in dem gesperrten Lokal „Zum Spreckbad“ sich die Dampfmaschinen der Meierei Rahnt u. Herber befinden, wird leider dieses Lokal in einem Umfang frequentiert, daß die übrigen Lokale dabei ins Hintertreffen geraten, und sich die uns zur Verfügung stehenden Lokale kaum halten können, wenn nicht die Ausflüge unternehmenden Arbeitervereine und durch Frequentierung des Lokals von Frenk unterstützen.

Achtung, zweiter Wahlkreis! Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet in der Vodrauerrei die außerordentliche Generalversammlung statt. Näheres siehe Inserat in heutiger Nummer. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntagabend, den 21. Juli, veranstaltet der Wahlverein in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114, ein Sommerfest, bestehend aus Konzert, Spezialitätenvorstellungen, Radelpolonaie, Reigenfahrten, ausgeführt vom Berliner Arbeiter-Radfahrerverein. Programme und Bond zu Stocklaternen werden am Eingang gratis verteilt. Willetts a 25 Pf. sind noch bei den Bezirksführern zu haben. Der Vorstand.

Niddorf. Heute abends 8 1/2 Uhr findet in Hoppes Festsaal, Hermannstraße 49, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: „Der Parteitag in Leipzig“. Referent: Genosse Dr. Dergfeld. — Anträge dazu: — Geschäfts- und Kassenbericht. — Anträge und Wahl von Delegierten zum Kreis-Generals- und Verbands-Versammlung von Groß-Berlin. — Vereinsangelegenheiten. — Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

Lichtenberg. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Lokal der Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 6, die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. Referent: Genosse Brühl. 2. Anträge. 3. Wahl der Delegierten. 4. Stellungnahme zum Provinzialparteitag. Anträge. 5. Wahl von Delegierten. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Köpenick. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater: Versammlung. Stellungnahme zum Organisationsstatut. Der Vorstand.

Alt-Gröden. Heute, den 20. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Tropsch, Rudower Straße 54, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre und der Gemeindevertretung. 2. Wahl der Delegierten zum Kreis-Generalsversammlung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Änderung des Organisationsstatuts der Partei. 5. Vereinsangelegenheiten.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen aller Bezirke zur Kenntnis, daß die Wahlvereinsversammlung am Mittwoch, den 21. Juli, abends 8 Uhr bei Weßhorn stattfindet. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Parteiangelegenheiten. Der Vorstand.

Tegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Jul. Müppenfein, Spandauerstraße 4, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Hans Stod über „Das Erfurter Programm“; Kassenbericht; Stellungnahme zum Organisationsstatut; Vereinsangelegenheiten.

Brick-Buckow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Weniger, Werderstraße 28, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Wahl von Delegierten. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Karlshorst. Am Dienstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Fr. Bartels „Zum Fürstentad“ die Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins statt. 1. Stellungnahme zum Organisationsstatut. Referent: Genosse A. Wähler. 2. Kassenbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet bei Koczka, Kreuzstraße 3/4, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Situationsbericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Stellungnahme zum Kreis-Generalsversammlung am 1. August. 3. Aufstellung eines Kandidaten zur Delegation für den Parteitag sowie Wahl eines Ersatzdelegierten für die Kreis-Generalsversammlung. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Mariendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Lukas, Königsstraße 12, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt, zu welcher die Mitglieder vollständig erscheinen wollen.

Rummelsburg. Heute, Dienstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 45, die ordentliche Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und eventuell zweier Revisoren. 3. Stellungnahme zum Entwurf des neuen Parteistatuts wie zu dem am 1. August stattfindenden Kreis-Generalsversammlung. 4. Wahl der Delegierten zu den Kreis- und Verbandsversammlungen. 5. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Ober-Schönevide. Die zu heute abend angelegte Versammlung kann umständlicher nicht stattfinden.

Nieder-Schönevide. Heute Dienstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Wirtshaus Loreley“, Berliner Straße 101, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Gemeindevählerliste Berlins

zeigt für ihre drei Wählerabteilungen diesmal wieder eine gegenüber dem Vorjahr erheblich andere Abgrenzung. Die Summe aller für die Abteilungsabteilung zusammengesetzten Steuern hatte im vorjährigen Jahr rund 65 1/2 Millionen Mark ausgemacht, war im vorigen Jahr auf annähernd 70 Millionen Mark gestiegen und wird für dieses Jahr mit etwas über 71 1/2 Millionen Mark angegeben. Als durchschnittlicher Steuerbetrag wurde herausgerechnet: im vorjährigen Jahr 178 M. 70 Pf., im vorigen Jahr 187 M. 86 Pf., in diesem Jahr 192 M. 72 Pf. Da bei uns jeder, dessen Steuerleistung über diese Durchschnitts nicht hinausgeht, zu den Wählern dritter Abteilung geworfen wird, so endet diesmal die dritte Abteilung mit dem Steuerfuß von 192 M. 72 Pf. pro Jahr. Gegenüber dem vorigen Jahr ist hier die Grenze wieder etwas hinaufgerückt, hauptsächlich infolge der schärferen Heranziehung zahlreicher Arbeiter zur Besteuerung ihres Einkommens. Das Heer der Wähler, deren Steuerleistung nur für die dritte Abteilung langt, ist in Berlin über zehnmal so groß wie das Häuflein der besserstehenden Wähler, die sich in die zweite und die erste Abteilung teilen dürfen. Diese Teilung hat zu erfolgen nach dem Prinzip, daß die zweite und die erste Abteilung in den Steuersummen, die jede aufbringt, einander gleichwertig sein müssen. Hierbei ergibt sich dann der nochmalige Gegensatz, daß in Berlin sogar von den Wählern zweiter Abteilung ein volles Viertelhundert nicht schwerer wiegt als ein einziger Wähler erster Abteilung. Im vorjährigen Jahre hatte noch eine jährliche Steuerleistung von mindestens 4481,40 M. die Zugehörigkeit zur ersten Abteilung gesichert, im vorigen Jahre war dieser Höhe nur derjenige teilhaftig geworden, der mindestens 5558,80 M. Steuern im Jahre hergeben konnte, und in diesem Jahre muß nun der bevorzugte Mitbürger, der den Auserlesenen der ersten Abteilung zugezählt werden will, mit mindestens 6450,80 M. in der Liste des Steuererhebbers stehen. Hier ist, wie man sieht, die Grenze wieder beträchtlich hinaufgerückt worden, so daß der Gegensatz zwischen der ersten und der zweiten Abteilung und vollends zwischen der ersten und der dritten noch mehr verschärft ist. Ueber die Zahl der Wähler, die zu den einzelnen Abteilungen gehören, können für dieses Jahr auch keine bestimmten Angaben gemacht werden, weil ja die Listen erst ausgelegt sind und über die eventuell zu erhebenden Einsprüche noch entschieden werden muß. Schon jetzt aber darf als sicher angenommen werden, daß auch hinsichtlich der Wählerzahl die Schärfe der Abgrenzung, die durch das Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts bedingt werden, sich wieder noch verschärft haben wird. Um so mehr Grund hat jeder Wähler dritter Abteilung, durch Prüfung der

nach bis zum 30. Juli ausliegenden Listen sich zu vergewissern, ob auch er darin aufgeführt ist. Wer nicht in der Liste steht und es unterläßt, die nachträgliche Aufnahme zu fordern, darf nicht wählen und verliert somit auch das bisherige Wahlrecht, das unter dem Dreiklassenystem ihm gewährt ist.

Neue Straßenbahnlinie. Eine neue Straßenbahnlinie U eröffnet die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn am Dienstag, den 20. Juli. Die Linie kommt dadurch zustande, daß die Linie T Halensee-Charlottenburg-Kupfergraben gebahnt wird. Diese geht vom Ringbahnhof Halensee über den Stuttgarter Platz und den Tiergarten nach dem Kupfergraben. Vom Dienstag an geht jeder zweite Wagen von der Ecke der Bismarck- und Leipzigerstraße durch die ganze Bismarckstraße bis zum Sophie-Charlottenplatz. Von dort geht sie weiter durch die Suarez-, Holzendorferstraße usw. Der eine Wagen verfolgt denselben Weg wie bisher. Die neue Linie erhält die Bezeichnung U Halensee-Sophie-Charlottenplatz-Kupfergraben. Die beiden Linie T und U ergänzen sich zwischen Halensee und dem Amtsgericht Charlottenburg sowie zwischen der Ecke der Bismarck- und Leipzigerstraße und dem Kupfergraben, während der Hauptverkehrszeiten zu einer Wagenfolge von 7 1/2 Minuten. Der erste Wagen von T geht von Halensee 8.26, von U 8.47. Vom Kupfergraben geht der erste Wagen der Linie T 7.10, von U 7.32. Der letzte Wagen vom Kupfergraben geht bei Linie T 11.40, bei U 10.47. Der neue Betrieb gilt zunächst als ein Versuch.

Zwei Personen bei einer Bootkatastrophe ertrunken.

Einen traurigen Abschluß fand eine Dampferpartie, die vorgestern von einem hiesigen Vergnügungsverein unternommen wurde. Die Teilnehmer hatten die obere Havel besafren und bei Nieder-Neuendorf nicht weit von Heiligensee Station gemacht. Vier der Teilnehmer, ein Sergeant, dessen Cousine, ein neunzehnjähriger Mensch und ein fünfjähriges Mädchen bestiegen während der Ruhepause ein Ruderboot, um eine Fahrt auf der Havel zu unternehmen. Währenddessen setzte sich der Dampfer wieder in Bewegung und die vier Insassen des Bootes wollten nach dem Dampfer hinüberfahren. Kurz vor dem Dampfer kam das Boot ins Schwanken und kenterte. Die vier Insassen stürzten in die Fluten und zwei von ihnen, der junge Mann und das kleine Mädchen wurden unter den Dampfer getrieben. Sie konnten nicht mehr gerettet werden. Auch die Cousine des Sergeanten schwabte in der größten Lebensgefahr. Sie wurde nach längerer Zeit von Schiffen aus dem Wasser gezogen und war bereits völlig betäubt. Der Sergeant konnte sich dadurch retten, daß er sich an einem der Kajütenfenster des Dampfers anklammerte. Die Leichen der beiden Ertrunkenen vermochte man bisher noch nicht zu landen.

Die Schießstände in der Jungfernhöhe, die dem zweiten und vierten Gardebataillon, dem Garde-Füsilierregiment, dem Luftschifferbataillon und dem zweiten Garde-Mannregiment gehören, werden voraussichtlich schon im nächsten Sommer aufgegeben werden, da das betreffende Terrain nach Berlin eingemeindet werden soll und der bebauung erschlossen wird. Die Erbschießstände werden in der Regelers Forst zwischen dem Spandauer Schiffschiffkanal und dem Regelers Weg angelegt werden. Daneben sollen auch neue Schießstände für das Königin Elisabeth Garde-Ordnungsregiment Nr. 8 gebaut werden, da das Regiment seine alten Schießstände im Brunenwald in der Nähe der Döberitzer Heerstraße aufgeben muß.

Vom Fahrstuhl zerquetscht wurde am Sonnabendnachmittag der 68 Jahre alte Pförtner Karl Sackewitz im Physiologischen Institut in der Hefischenstr. 4. Sackewitz verließ den Fahrstuhl, weil eine Verriegelung in der elektrischen Leitung durchgebrannt war. Ein Monteur ergänzte die Sicherung, und nun setzte sich der Fahrstuhl plötzlich wieder in Bewegung. Kammt den Pförtner ein und zerquetschte ihm den Brustkasten. Nachdem die Feuerwehre den Verunglückten befreit hatte, starb er bereits auf dem Wege nach der Egarité.

Eine aufregende Szene spielte sich Sonntagabend auf der Kleinen Mägdel bei Mahndorf ab. Der Orchesterverein Wedding hatte einen Ausflug nach dem Restaurant Neu-Deigoland unternommen. Gegen Abend vergnügten sich einige seiner Mitglieder mit Bootfahrten. Ein mit sechs Personen besetztes Boot wurde von einem den See passierenden Dampfer „Kronprinzessin Cecilie“ so nahe angefahren, daß das kleine Fahrzeug durch die Schraube durchlöchert wurde. Mit entsetzlichem Schrei stürzten alle Insassen in die Fluten. Sofort wurde von allen Seiten Hilfe entsandt, und es gelang auch in wenigen Minuten, die mit den Fluten kämpfenden sämtlich zu retten. Erstere Folgen haben sich bei keinem der von dem aufregenden Vorfall Betroffenen gezeigt.

Unter dem eigenen Fahrwerk zermalmt. Einen entsetzlichen Tod fand der Fuhrunternehmer Adolf Hinge aus Golzow. Er wollte am Sonnabendabend ein mit schweren Lasten beladenes Fuhrwerk nach Berlin schaffen. Während der Fahrt stürzte er vom Bod herunter und fiel so unglücklich unter den Wagen, daß ihm die Mädel über Kopf und Brust hinweggingen. Der Körper des Bedauernswerten wurde völlig zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Die Folgen der Arbeitslosigkeit haben den 42 Jahre alten Mohrleger Ferdinand Zimmermann aus der Burgdorferstr. 5 in den Tod getrieben. Der Mann hatte sieben Monate lang feiern müssen. Um für seine Frau und sechs Kinder von 12 bis 1 1/2 Jahren das nötige zu haben, war er gezwungen, Schulden zu machen. Vor 9 Wochen bekam er wieder Arbeit. Jetzt begann er gleich mit der Schuldenentlastung. Erst am Sonnabend bezahlte er noch rückständige Miete, aber es bedrückte ihn, daß er Geschäftskonten, die geborgt hatten, noch länger warten lassen, weil er nicht alle mit einmal befriedigen konnte. In einem Anfälle von Schmerz und Verzweiflung machte er gestern seinem Leben ein Ende. Unter dem Vorwande, Holz hauen zu wollen, ging er nach dem Keller, schlug einen Nagel in sein Geräterett und erhängte sich daran. Als seine Frau ihn zum Mittageessen rufen wollte, fand sie ihn tot auf.

Mit eigenen Wagen befördern jetzt die hiesigen Regimenter ihre Kinder zu „Vater Philipp“ und „Vater Anton“. Früher mußten sie, ein Mädchen mit einem Kammhütchen und einem schlechten Anzuge unter dem Arm und begleitet von einem Unteroffizier im Ordonsanzug, den weiten Weg mitten durch die Stadt zu Fuß zurücklegen. Diese Art Beförderung wurde nach einer lebhaften Agitation aus Bürgerkreisen endlich abgeschafft. Seit Jahren benutzten die Truppenteile geschlossene Droschken. Das ist ihnen aber zu teuer geworden. Deshalb hat jetzt jedes Regiment einen eigenen zweispännigen Wagen, mit dem die Leute hingeführt und abgeholt werden. Die offenen Wagen werden zum Transport mit Leder von allen Seiten verhängt. Die Leute vom Garde-Kürassier-, 4. Garde-Regiment z. B. und 1. Garde-Feldartillerie-Regiment gehen die paar Schritte noch den Arrestanstalten zu Fuß.

Von einem Droschkenautomobil überfahren wurde am Sonntag, mittig 12 Uhr in der Reichender Straße am Kolbfuser Tor ein Mann von ungefähr 35-40 Jahren. Derselbe stand auf dem Fahrbahnrand und sah nicht, daß gleichzeitig hinter ihm eine Kraftdroschke heranfuhr. Als Hüper und Bremser des Führers nichts mehr, das Auto rutschte — denn das Steinfahnen war gesprengt — und im nächsten Moment erlachte das Auto den Unglücklichen von hinten und schob ihn einige Meter vor sich her, bis er zur rechten Seite herüberfiel und von dem Vorder- und Hinterrad überfahren wurde. Der sofort haltende Führer der Droschke und ein hinzukommender Schuttmann hoben den anscheinend schwerverletzten und im Gesicht starkblutenden auf und fuhren ihn mit demselben Auto nach dem Krankenhaus. Die Augenzeugen behaupten, trifft den Führer der Droschke keine Schuld.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Langsamkeit der Steuereinschätzungsbehörden kann Personen, die zu unrecht eingeschätzt sind, recht viele Unannehmlichkeiten verursachen. Wurde da der in Rixdorf, Benastr. 21, wohnende Tischlerlehrling D. zu einer Steuer von 4 M. jährlich veranlagt. Dagegen legte D. Verurteilung ein mit der Motivierung, gar kein steuerpflichtiges Einkommen zu haben. Er ließ sich auch das von seinem Meister beschleunigen und wartete der Dinge, die da kommen sollten, d. h. auf ein Schreiben der Einschätzungscommission, daß er zu unrecht veranlagt worden sei. Ein solches Schreiben ließ aber sich auf sich warten, vielmehr erhielt er einen Mahnbescheid, die Steuer zu bezahlen. Und als er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde gegen ihn das Zwangsverfahren eingeleitet und beim Meister der „Kohn“ beschlagnahmt. Formel hat das Verfahren keine Nichtigkeit, weil die Steuern eben einstuweilen bezahlt werden müssen, auch wenn man zu unrecht veranlagt ist. Leute mit gesundem Menschenverstand werden das natürlich kaum verstehen. Die Steuereinschätzungsbehörden könnten aber wirklich etwas schneller arbeiten und damit beratige Verhältnisse vermeiden.

Charlottenburg.

Altenverein für freie Erziehung (Verein Freier Kindergärten). Auf den morgen Mittwoch, den 21. Juli, stattfindenden Familienausflug nach Finkenkrug wird noch einmal hingewiesen. Treffpunkt 9 1/2 Uhr vor dem Bahnhof Jungfernheide, für Nachzügler zwischen 8 und 4 Uhr nachmittags im Forsthaus-Restaurant „Alter Finkenkrug“.

Schöneberg.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich Sonnabend nachmittags gegen 8 Uhr in der Hauptstraße in Schöneberg. Dort werden vor dem Hause Nr. 23 gegenwärtig Kanalisationsarbeiten ausgeführt. Der an dem Bürgersteig sich entlang ziehende, etwa 10 Meter lange und 1 bis 2 Meter breite Graben war bereits in seiner ganzen Ausdehnung abgeteilt, so daß die Arbeiter ungefährdet hineinstiegen konnten. Nur ein circa 1 Meter breites und 1 1/2 Meter hohes kompaktes Mauerstück, das in dem Schacht hineintragte, konnte nicht genügend gesichert werden; und es war deshalb von der Bauleitung das Verbot an die Kanalisationsarbeiter ergangen. An dieser Stelle hatte sich der in Schinargendorf wohnende, 29jährige Friedrich Socher zu schaffen gemacht. Pflötzlich löste sich das etwa 20 Zentner schwere Mauerstück und begrub S. unter sich. Erst nach längerer Zeit gelang es den vereinten Kräften der Arbeitssoldaten des Verunglückten, ihn aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Der Arbeiter, der schwere innere Verletzungen, Arm- und Beinbrüche davongetragen hatte, wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Von einem Hunde zerfleischt wurde gestern der 10 Jahre alte Sohn Wihl des in der Ebersstraße 58 wohnenden Eisenbahnarbeiters Nademacher. Der Kleine hatte mit anderen Kindern den Hofenplatz von Nademacher am Priesterweg für einen Augenblick betreten, als plötzlich eine große deutsche Dogge, die ohne Maulkorb frei auf dem Gelände umherläuft, auf den Jungen zusprang, ihn zu Boden warf und entsetzlich zerbiss. Der Knabe erlitt schwere Wunden an der Brust, den Beinen und am Gesicht und mußte in betäubtem Zustande vom Platze getragen werden.

Baumschulweg.

Den Arm abgefahren. Ein schrecklicher Unfall hat sich nachts auf dem Bahnhofs Baumschulweg zugetragen. Der Arbeiter Otto Böbe aus der Hanneemannstraße in Wrig war beim Auf- und Abfahren des Bahnsteiges ohnmächtig geworden und auf die Gleise hinabgefallen. Da der Vorkalt leider von niemand beobachtet worden war, so mußte der Unglückliche in seiner hilflosen Lage verbleiben. Als der Vorortzug Nr. 1834 herannahte, bemerkte der Führer nichts von dem Verunglückten und der Zug fuhr über D. hinweg. Der linke Arm, der über die Gleise hinweglag, wurde dem Verunglückten vollständig abgefahren. Erst als der Zug die Station wieder verlassen hatte, wurden Bahnbeamte durch das Wimmern des schwerverletzten aufmerksam gemacht. D. wurde nach dem Kreis-Krankenhaus in Wrig geschafft.

Weißensee.

Wißglück. In eine Staatsstellung aufzurücken mit Hilfe kristlicher Arbeiter hatte sich der Leiter der hiesigen Realschule, Professor Dr. Kemfies, vorgenommen. Im Jahre 1907 gründete der Herr Professor die hiesige Filiale des Vaterländischen Arbeitervereins. Trotz aller guten Fürsorge war die Leitung mit den Anschaffungen des Herrn Professors nicht einverstanden und es kam zu guter Letzt zum Bruch. Eine Serie von Polemiken im hiesigen Ortsblatt brachte nun auch folgendes Geschichtchen an Tageslicht. Für Herrn Professor Dr. Kemfies wurde ein großer Schreibbrief angefertigt, worin über seine außerordentliche Tätigkeit für den Vaterländischen Arbeiterverband berichtet und ferner gebührend hervorgehoben wurde, Herrn Professor auf einen staatlichen Posten zu stellen, da er gewiß das Zeug besitzt, auf dem Gebiete der antisozialdemokratischen Organisation bedeutendes zu leisten. Dieser Brief ist datiert vom 17. Mai 1907 und war an den Reichskanzler Fürsten Bülows gerichtet. Für den bereits abgegangenen Herrn Professor war es allerdings schwer, die nötigen offiziellen Unterschriften für sein Empfehlungsschreiben zu erhalten, es fanden sich demnach zwei Arbeiter, die im Namen der vaterländischen Arbeiterschaft Groß-Berlins den Brief unterschrieben. Die ganze Geschichte wurde ruchbar und es kam zu einer erregten Aussprache in dem Kreise der vaterländischen Arbeiterschaft. Es wurde sogar verlangt, Herrn Professor K. aus dem Verbands auszuscheiden. Nur mit Mühe gelang es, daß man sich nach außen hin keine Widersprüche geben wollte, folgte man dem Rate des Bauvorsitzenden, vorläufig keine Schritte zu unternehmen. Bülows Nachfolger sollte sich dieses Herrn wirklich annehmen, die Weißenseer Bevölkerung wird ihm keine Träne nachweinen und die Realschule würde dann einen Leiter finden, der sich ganz der Schule widmen könnte.

Reinickendorf.

Im Streit erstickt wurde gestern Abend der 18 Jahre alte Arbeiter Paul Blaumann der Ralpslaquetstraße 23. Der junge Mann war an einer Schlägerei beteiligt, die um 9 Uhr abends vor dem Lokal von Schiller in der Tischbachstraße zu Reinickendorf stattfand, und erhielt einen Messerstich in die Brust. Er wurde nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht und starb dort um 10 1/2 Uhr. Sein Gegner, der den verhängnisvollen Stich führte, ist ein ebenfalls 18 Jahre alter Arbeiter Steinbacher, der bei seinen Eltern wohnt. St. wurde verhaftet.

Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Was hat die Arbeiterschaft von den von der Firma Schwarzkopff eingerichteten Wohlfahrtsanstalten, und warum kündigt die Firma einem Teil ihrer alten Arbeiter die Werkwohnungen? Die Frage wird in einer heute Abend 8 Uhr im Lokale von Heiser stattfindenden Volksversammlung behandelt werden, zu der alle in der Kolonie wohnenden Männer und Frauen eingeladen sind.

Nichtenau und Umgegend.

Die Unkrautung des Volkes durch neue Steuern lautet das Thema, über welches Genosse Bühler am Sonnabend in einer öffentlichen Versammlung referieren sollte. Aber es kam wieder einmal anders. Dem Einberufer war es nämlich unbekannt, daß ein in Schneide aufgegebenes Brief vierundzwanzig Stunden braucht, um das Amtsbureau in Schneide zu erreichen und so kam es, daß die mit Brief am Freitag, vormittags 9 Uhr, abgeschickte Einladung erst am Sonnabend früh, wie dem Einberufer erklärt wurde, in Händen des Adressaten war. Im wohlwollenden Gegenfah zu der Post steht aber nun unsere Polizeibehörde, eine Einrichtung, die ja bekanntlich ihres gleichen sucht. Prompt er-

folgte wegen zu später Anmeldung das Versammlungsverbot; präzise 8 Uhr erschien auch der Lieberwächende, um zu sehen, ob der Einberufer auch den nötigen Respekt vor polizeiliche Verfügungen hat. Aber trotzdem fand die Versammlung, allerdings als Wahlvereinsversammlung, statt und so konnten denn die Versammelten, nachdem der Vertreter der Polizeibehörde sein Tätigkeitsgebiet verlassen hatte, dem Referenten lauschen, der in kräftigen, pointierten Ausführungen die gemeingefährliche Steuerpolitik unserer Schlot- und Krautjunler geißelte, an Hand eines reichen Materials die Steuerlasten der herrschenden Klassen brandmarkte und die Anwesenden aufforderte, dieses neue Agitationsmittel mit allen Kräften zur Wirkung und Festigung unserer Organisation, zur Heranziehung immer neuer Massen zur Sozialdemokratie zu benutzen. Die Ausführungen fanden bei der gut besuchten Versammlung lebhaften Beifall.

Die nächste Volksversammlung soll mindestens drei Wochen vorher durch „Eilbrief“ angemeldet werden, im Interesse der Versammlungsbefugter wie der Polizeibehörde, die dann nicht unnötige Verbote zu erlassen braucht.

Potsdam.

In der Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Stoab einen eingehenden Vortrag über das neue Organisationsstatut. Ueber die obligatorische Lieferung der „Gleichheit“, die Frage der Vertretung des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ auf dem Parteitag sowie über die Bestimmungen über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages soll von den Potsdamer Delegierten in der Kreis-Generalsammlung in Rauen eine Ausdrucksfrage herbeigeführt werden. Die letzten Vorgänge im Stadiparlament, speziell die Bodenpolitik der Stadtgemeinde fanden eine eingehende Besprechung. Mit dem Prinzip ist die Arbeiterschaft vollkommen einverstanden. Sache der Stadtverordneten wäre es allerdings, darauf zu achten, daß nicht durch irgend welche Versprechungen — wie bereits von bürgerlichen Stadtverordneten behauptet wird — Projekte gemacht werden, die der Stadt unnötige Ausgaben verursachen, so daß dann später nicht einmal die Anlaufsummen und Zinsen gedeckt werden können. Schon die Einziehung der Vertinsstraße soll solcher Vorbeugung zu danken sein. Unter allen Umständen muß aber gefordert werden, daß die einschränkende Vausestimmung, nach der nur Villen gebaut werden dürfen, aufgehoben wird. Sache der Arbeiterschaft muß es im Herbst sein, sich endlich einmal Eintritt in das Stadiparlament zu verschaffen. Dazu ist es schon jetzt nötig, daß sich jeder überzeugt, ob er in die vom 15.-30. d. Mts. vormittags von 8-1 Uhr im Rathaus ausliegende Wählerliste aufgenommen ist.

Briefkasten der Expedition.

L. 99. Wir legen der Zeitung auch Prospekte bei, die nicht in unserer Druckerei hergestellt werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitern (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und lochen Nr. 21 des 19. Jahrganges eingegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Kasten des Parteivorstandes zum Parteitag. — Von der Frauenarbeit in Ouessen. II. Von G. — Zur Frage der Zwangsverziehung für weibliche Kinderjährige. Von Gbg. — Keine für Legalarbeiterinnen. Von Maria Hoppe. (Schluß.) — Williges Brot. Von ed. — Heimarbeit und Heimarbeitersausstellung in der Schweiz. Von Z. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationsfragen. — Aus dem letzten hiesigen Reichstagswahlkreis. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Reinerinnenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Hoffnung. Von Johannes Schall. — Ueber das Betrachten von Bildern: 2. Technische Winke. Von Dr. Wilhelm Hausenstein. — Wasser und Eis in ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Erdoberfläche. Von Hannad Lewin-Dorsh. — Frau Sorge. Von Ludwig Jakobowski. — Die Mutter als Erzieherin. — Heiligkeit: Paris. Von Honoré de Balzac. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Spruch. Von Marie Omer-Schender. — Die Familie Langheim. Von Robert Erdich. — Frau Köfel. Von Gottfried Keller. (Gedicht.) — Eine Hochfahrt auf dem Rain. IV. Auf dem Hof. Von Heinrich Wandt. — Wie schön ist die Welt. Von Emma Dill. (Gedicht.) — Birge, eine Mutter. Von Ernst Eison Thompson. (Fortsetzung.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 65 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Der Wahre Jacob bringt in der 15. Nummer des 26. Jahrganges die farbigen Bilder „Dortchen Salenreiter in Rötten“ und „Anno Domini 1609“, sowie die weiteren Illustrationen „Die blühende Blümlin“, „Nach Canossa“, „Barlystem“, „Triumph der Witzgabel“, „Die Bräute zum Reichthum“, „Die Riebergeritten und der Riebergerittene“, „Nichts Bild in die Zukunft“, „Nach der Reichthumreform“, „Die Versorgung der Witwe“ und „Der Liebenberger als Voger“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Reichthum“, „Der Vergessenen Antwort“, „Die Ehe“, „Der Kaiser und seine Räte“, „Frei nach Goethe von Richard Wagner“, „Auf Kosten der dem Buchhändler“, „Wir sind die Jünger...“ von Frey Sanger und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die früheren farbigen Heftillustrationen „Ein zeitgemäher Dreiwinkel“, „Reizendes deutsches Märchen“ von Frey Sanger und „Sommerfest des Schnapsholts“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Witterungsbericht der hiesigen Reichshaus-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag.

Witterungsbericht vom 19. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. u. d. N.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. u. d. N.
Eutinensb.	764.8	SW	3	wolfig	16	Dapartanda	759.0	NO	4	bedeckt	12
Damberg	766.8	SW	2	heiter	15	Petersburg	751.0	SE	3	bedeckt	15
Berlin	766.8	SW	4	wolfig	19	Stettin	771.0	SW	4	wolfig	13
Kranz a. M.	767.8	SW	1	wolfig	18	Aberdeen	764.8	SW	1	wolfig	12
Wahlgang	767.0	NO	2	wolfig	20	Paris	769.8	—	2	bedeckt	14
Wien	766.8	SW	—	bedeckt	20	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Dienstag, den 20. Juli 1909. Etwas kühler, veränderlich, östlich wolfig mit leichten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	18. 7.	17. 7.	Wasserstand	18. 7.	17. 7.
Wesmei, IJH	223	+104	Saale, Großh.	90	-5
Bregel, Jüterburg	-1	-1	Havel, Spandau	42	0
Wesmei, Thom	182	+2	Kathowen	86	-1
Oder, Rathow	880	-56	Spree, Spremberg	85	-2
„Krossen	241	+3	„Reckow	92	0
„Frankfurt	241	-1	Weser, Minden	-75	-10
Wesmei, Schimm	106	+6	„Weser, Minden	-2	0
Rega, Landsberg	87	-4	Havel, Marienlandau	842	-80
„Bordam	-21	-1	„Aub	470	-6
Eide, Leimberg	143	-23	„Rin	490	-5
„Bredben	66	-24	Weser, Weidbrom	118	-5
„Weser	321	+81	„Weser, Weidbrom	172	-8
„Weserburg	356	+81	„Weser, Weidbrom	—	—

+) + bedeutet Sturz. — Fall. — *) Unterpegel.